

POLITIK

Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nr. 1

Januar 1980

Vorrang für den Frieden

Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt

Reden von Willy Brandt, Hans Apel, Hans-Jürgen Wischniewski und Egon Bahr

am 17. Januar 1980 im Deutschen Bundestag

Helmut Schmidt, Bundeskanzler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Beginn dieses Jahres, am Beginn des neuen Jahrzehnts stehen wir einer kritischen internationalen Lage gegenüber. Ich spreche an erster Stelle von der Geiselnahme in Teheran und von der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion. Ich spreche auch von den energiepolitischen und weltwirtschaftlichen Perspektiven, die nicht losgelöst vom Verlauf der mittelöstlichen Krisen gesehen werden dürfen. Ich werde mich in dieser Situation heute im wesentlichen auf die **internationale Lage** und auf deren **politische und wirtschaftliche Konsequenzen** konzentrieren.

In Teheran und in Afghanistan ist das Völkerrecht und sind die Regeln des friedlichen Zusammenlebens der Völker schwer verletzt worden. Die dadurch entstandene Lage und ihre möglichen Folgen gehen nicht nur die unmittelbar Beteiligten an. Die **Besetzung Afghanistans** berührt ganz direkt vitale Interessen der Dritten Welt, der ungebundenen Staaten. Aber die Krisen betreffen darüber hinaus alle Mitglieder der Völkerfamilie. Das heißt, sie betreffen unvermeidbar auch uns in Europa und uns in Deutschland.

Am vergangenen Montag, also am Beginn dieser Woche haben 104 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, d. h. eine Zweidrittelmehrheit, eine Entschließung verabschiedet, deren Kernsätze ich dem Bundestag in Erinnerung rufe — ich zitiere —:

Wir verlangen den sofortigen, bedingungslosen und totalen Rückzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan und dem afghanischen Volk zu ermöglichen, eine ihm genehme Regierungsform zu bestimmen und sein ökonomisches, politisches und soziales System ohne Intervention, Subversion oder Zwang von außen zu wählen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer dieser 104 Staaten, die diese Entschließung angenommen haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir verurteilen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Wir verurteilen den Bruch des Völkerrechts im Iran.

Vielleicht darf ich zu diesen beiden Krisenherden jeweils etwas detailliertere Ausführungen machen.

Zunächst zum **Iran**. Schon am 4. Dezember 1979, vor mehr als einem Monat, hatte der Weltsicherheitsrat, einstimmig, und zwar mit der Stimme der Sowjetunion, „die Regierung des Iran dringend aufgefordert,“ — das ist der Wortlaut der damaligen Entschließung — „sofort die Mitglieder der Botschaft der USA freizulassen, die in Teheran festgehalten werden, ihnen Schutz zu gewähren und ihnen zu gestatten, das Land zu verlassen.“

Daß die **Geiselnahme in Teheran** inzwischen immer noch andauert, erfüllt uns mit großer Sorge. Unser Mitgefühl gilt den Geiseln, ihren Angehörigen zu Hause und dem amerikanischen Volk, das um seine Menschen bangt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir Deutsche und wir hier im Bundestag kennen aus eigener Erfahrung die Sorge um Geiseln. Deshalb sind wir mit unseren amerikanischen Freunden und mit Präsident Carter solidarisch. Dort wartet eine ganze Nation mit steigender Erbitterung, aber in geduldiger, in bewundernswerter Disziplin seit mehr als elf Wochen auf die Freilassung ihrer Landsleute in Teheran.

Wir respektieren das Recht des iranischen Volkes, seine Zukunft selbst zu bestimmen. Aber gemeinsam mit unseren Freunden in den USA, gemeinsam mit den Regierungen in der Welt, gemeinsam mit dem Sicherheitsrat der Ver-

C 99 - 02991

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



einten Nationen bestehen wir darauf, daß sich alle Staaten der Welt an das Völkerrecht halten und daß die Geiseln freigelassen werden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wie ich es erwähnte, hatte der **Weltsicherheitsrat** schon am 4. Dezember letzten Jahres den Iran einstimmig zur sofortigen **Freilassung der Geiseln** aufgefordert. Wenige Tage später, am 15. Dezember, hatte der **Internationale Gerichtshof in Den Haag** die Geiselnahme für völkerrechtswidrig erklärt. Am 31. Dezember hat der Sicherheitsrat dann erneut — bei Stimmenthaltung der Sowjetunion und der DDR — vom Iran die sofortige Freilassung der Geiseln verlangt, diesmal unter Setzung einer Frist und mit der Ankündigung, daß bei Nichtbefolgung Maßnahmen gemäß Art. 39 und 41 der Satzung der Vereinten Nationen, d. h. sogenannte Sanktionen gegen den Iran ergriffen würden.

Nach ergebnislosem Fristablauf hat dann der Sicherheitsrat, erneut mit der Sache befaßt, mit der erforderlichen Mehrheit von zehn Stimmen für die Ergreifung von Sanktionen gegen den Iran gestimmt, insbesondere im Bereich von Handel, Verkehr und Bankwesen. Diesmal stimmten die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik dagegen. Mit ihrem **Veto** hat die Sowjetunion verhindert, daß diese Sanktionen rechtswirksam für alle beschlossen wurden.

Wenn sich die Vereinigten Staaten jetzt genötigt sehen, ausgehend von den von mir in Erinnerung gerufenen Beschlüssen des Sicherheitsrats und des Internationalen Gerichtshofs, Maßnahmen in dem angekündigten Sinne zu treffen, so wird die Bundesrepublik Deutschland dabei an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika stehen,

(Beifall bei allen Fraktionen)

um die Freilassung der Geiseln zu erreichen. Wir stehen zu diesem Zweck im täglichen Meinungsaustausch mit den Vereinigten Staaten und mit unseren anderen Freunden. Ich muß hinzufügen: Wir wissen, daß dies auch für uns wirtschaftliche Opfer bedeuten wird. Ich komme auf die wirtschaftlichen Folgen noch zu sprechen.

Sodann folgt ein Wort zur näheren Charakterisierung der Lage in, um und wegen **Afghanistan**. Tatsächlich handelt es sich, weltpolitisch betrachtet, um zwei Krisen zur gleichen Zeit. Die **Sowjetunion** hat unter Einsatz massiver militärischer Mittel den blockfreien Staat Afghanistan besetzt. Damit hat sich die Sowjetunion auch bis auf wenige hundert Kilometer an den **Indischen Ozean**, an den **Persischen Golf** und an die **Erdöllagerstätten** herangeschoben. Sie hat zusätzliche politische Hebel gegenüber den anderen Staaten der Region gewonnen. Zugleich aber hat sich die Sowjetunion in der übrigen Welt, vor allem auch in der **Dritten Welt** der blockfreien Staaten und der Entwicklungsländer, in einer Weise isoliert wie niemals zuvor. Der äußere Ausdruck **dieser Selbstisolierung** ist die Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom Montag dieser Woche, die ich eingangs erwähnte. Und der äußere Ausdruck dieser Selbstisolierung ist der vorausgegangene abermalige **Gebrauch des Vetorechts** der Sowjetunion im Sicherheitsrat am 13. Januar.

Die Sowjetunion hat allein in den letzten Monaten dreimal auf das Vetorecht zurückgegriffen: in der Frage des Rückzugs ausländischer Truppen aus Kambodscha, in der Frage des Rückzugs ihrer eigenen Truppen aus Afghanistan und in der Frage von Wirtschaftssanktionen gegen die Geiselnahme durch den Iran.

Die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion betrifft vor allem das Ost-Süd-Verhältnis. Diese Besetzung berührt in empfindlicher Weise aber auch das West-Ost-Verhältnis, wie das bei jeder Verschiebung im politischen Machtgleichgewicht der Welt der Fall ist. So wie wir, so wie unsere Freunde in der EG, im Nordatlantischen Bündnis, so sind auch die meisten Staaten der Dritten Welt der Meinung, daß die sowjetische Intervention einen flagranten Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines blockfreien Landes — in diesem Fall eines blockfreien Landes der islamischen Welt — bedeutet, der Meinung, daß diese Militäraktion eine Bedrohung für den Frieden, die Sicherheit, die Stabilität der ganzen geographischen Region, einschließlich des indischen Subkontinents, einschließlich des Mittleren Ostens, einschließlich der arabischen Welt, darstellt.

Zu den Staaten in dieser Weltregion haben wir gute, zu den meisten Staaten sogar freundschaftliche Beziehungen. Unsere Zusammenarbeit mit den Staaten jener Region wird jetzt noch intensiviert. Wir wollen deshalb **Pakistan** — schon bisher ein Schwerpunkt unserer Entwicklungshilfe — bei der Lösung seiner großen wirtschaftlichen Probleme verstärkt helfen, über die humanitäre Hilfe für die afghanischen Flüchtlinge, die auch notwendig ist, hinausgehend.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Indien ist der bedeutendste Empfänger deutscher Entwicklungshilfe und wird dies auch in Zukunft bleiben. Unsere vielfache Hilfe für unsere Verbündeten — ich rede von der **Türkei** — werden wir mit Nachdruck weiterführen. Wir sind, was die Türkei angeht, bereit, die Initiative auch für andere Freunde mit zu übernehmen und — ähnlich wie schon 1979 geschehen — erneut eine außerordentliche Hilfe für die Türkei zustande zu bringen.

(Beifall bei der SPD und der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir erinnern außerdem an den **europäisch-arabischen Dialog**, an die Initiative des Kollegen Genscher für eine Kooperation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Anrainer-Staaten des Golfs, von denen ja erst kürzlich der Kollege Lambsdorff einige besucht hat.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Sowjetunion nachhaltig darauf aufmerksam zu machen, daß eine Verletzung der Völkerrechtsordnung nicht ohne Folgen bleiben kann. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihre Freunde aufgefordert, sich entsprechend zu verhalten. Dies werden wir tun, insbesondere im Rahmen der **Europäischen Gemeinschaft** und im Rahmen des **COCOM**.

Lassen Sie mich zur Bewertung dieser gegenwärtigen Lage kommen. Kein Zweifel: In der Weltpolitik ist ein schweres Wetter aufgezogen. Deshalb müssen wir unsere deutsche Interessenlage und die westliche Interessenlage insgesamt mit ruhigem Blick prüfen. Wir müssen unser Land mit sicherer Hand durch die Turbulenzen hindurchsteuern. Wir können dazu keine Nervosität gebrauchen, kein Krisengeschrei, auch keine aufgeregten oder gar scharfmacherischen Reden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vielmehr brauchen wir statt dessen ein sorgfältig überlegendes, ein sorgfältig überlegtes **Crisis Management**. Im Deutschen gibt es eigentlich noch keinen adäquaten Ausdruck für das, was dieses englische Wort sagt: ein sorgfältig überlegendes Crisis Management. Dabei ist ruhiges Auftreten nicht Leisetreterei.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wenn jemand von uns in dieser Lage eine **Politik der großen Worte** erwartete, der irrte sich über den Stil unseres Staats und über die Interessen unseres Staates.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Eine Politik der großen Worte darf nicht der Stil unseres Staates werden.

(Erneuter Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Vielmehr müssen wir unaufdringlich, aber zugleich unmißverständlich klarmachen, wo wir stehen. Und das tun wir.

Zu diesem Zweck muß man miteinander reden, auch mit der Sowjetunion. Insbesondere in schwierigen Zeiten muß unsere Politik durchschaubar sein. Insbesondere in schwierigen Zeiten muß man miteinander in Kontakt bleiben. Für solche Lagen sind ja die sogenannten roten Telefone erst geschaffen worden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, die Bundespräsident Professor Carstens auf dem Neujahrsempfang so formuliert hat: Wer den **Frieden** will, muß Konflikte durch Verhandlungen und gerechten Ausgleich der Interessen lösen. Deshalb kritisiere ich es nicht, wenn z. B. der bayerische Ministerpräsident auch nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan seine Bereitschaft zu einem Besuch in Moskau erklärt hat.

Der Friede ist kein Naturzustand, sondern der Friede muß immer wieder gestiftet werden. So hat es schon Immanuel Kant geschrieben. Frieden zu stiften, kostet Kraft, und es bedarf dazu jedenfalls des Gespräches und der Verhandlung.

Dieser Prozeß hat durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan einen schweren Rückschlag erlitten. Natürlich wird das auch in Europa spürbar. In meiner Neujahrsansprache hatte ich gesagt: Die **Zusammenarbeit zwischen Ost und West** in Europa wird um so erfolgreicher sein, je stärker der Wille zu Entspannung und Zusammenarbeit das politische Handeln auch in anderen Teilen der Welt prägt.

(Zurufe von der CDU/CSU: In welcher Neujahrsansprache?)

Umgekehrt gilt: Je weniger dieser Wille zur **Entspannung** **anderen Teilen der Welt** vorhanden ist, desto schwieriger wird die Zusammenarbeit auch in Europa. Gerade weil das so ist, werden wir in unseren Anstrengungen zur Sicherung des Friedens in Europa nicht nachlassen, sondern vielmehr diese Anstrengungen noch verstärken.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Unsere Entspannungspolitik ist nicht Beschwichtigung, sondern sie ist eines von zwei Hauptelementen unserer **Sicherheitspolitik**, die sich auf das Gleichgewicht der militärischen Kräfte gründet. Das bedeutet für uns unverändert die Arbeit an drei Aufgaben:

Erstens die Arbeit an der **Bewahrung des Erreichten**. Das heißt auch: strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächteabkommens sowie der Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der Tschechoslowakei und des Grundlagenvertrags mit der DDR. Das heißt auch: Bewahrung dessen, was zwischen West und Ost in der KSZE seit 1975 erreicht wurde.

Zweite Aufgabe: Arbeit zur **Fortentwicklung des Erreichten**. Das heißt: weitere Verbesserungen für das Miteinander der Menschen in beiden deutschen Staaten; Fortsetzung der Arbeit in der Rüstungsbegrenzung und Rüs-

stungskontrolle, besonders hinsichtlich MBFR. Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich die erneute Erklärung Präsident Carters, daß der **SALT-II-Vertrag** im Interesse der Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika und der ganzen Welt liegt. Ich gehe davon aus, daß dieser Vertrag eingehalten wird, auch wenn er gegenwärtig noch nicht ratifiziert werden kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Drittens beharrliche Arbeit an den neuen Aufgaben. Zu diesen neuen Aufgaben gehört besonders, daß wir und die NATO-Mitgliedstaaten insgesamt das **Verhandlungsangebot der NATO** über nukleare Mittelstreckenraketen vom Dezember 1979 nicht vom Tisch nehmen, sondern ernsthaft weiterhin verfolgen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Unser Bündnis strebt unverändert an, das notwendige militärische Gleichgewicht durch Maßnahmen der **Rüstungskontrolle**, möglichst auf niedrigerem Niveau als bisher, herzustellen. Diesem Gleichgewichtsgrundsatz entspricht ebenso der im Dezember gefaßte Beschluß über die **Modernisierung der Theatre Nuclear Forces der NATO**. Ich zitiere:

Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ersten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: Unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir zugehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West beitragen.

Dieses Zitat, das heute genauso gilt, entnehme ich der ersten Regierungserklärung der sozialliberalen Koalition, mit der Bundeskanzler Brandt am 28. Oktober 1969 bereits unsere Bemühungen um Entspannung in Europa charakterisiert hat.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Unsere Verpflichtung, zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West beizutragen, die wir damals ausdrücklich übernommen haben, haben wir stets eingelöst. Das gilt für das Hauptelement **Rüstungsbegrenzung und Entspannungspolitik**; es gilt ebenso für das andere Hauptelement **Verteidigungsbereitschaft**. Wir haben die Bundeswehr in Ausbildung und Ausrüstung modernisiert. Wir leisten mit 495 000 gut ausgebildeten, mit modernen Verteidigungswaffen ausgestatteten Soldaten einen gewichtigen, einen respektierten Beitrag zur gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit.

Aus Erfahrung, meine Damen und Herren, besonders aus der Erfahrung der **Berlin-Krise** am Ende der 50er Jahre und zu Beginn der 60er Jahre, wissen wir, daß wir uns auf die Vereinigten Staaten von Amerika verlassen können, daß die USA für unsere Sicherheit unersetzlich sind. Deshalb habe ich z. B. auf dem Bundesparteitag meiner Partei in Berlin im vorigen Monat gesagt: Unsere **Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika** ist der Kern unserer Sicherheit und zugleich der Kern der Sicherheit Berlins.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Mir liegt am Herzen, noch einmal zu betonen, daß es eine Überraschungssituation wie in Afghanistan in **Westeuropa**



nicht geben könnte, weil erstens die NATO in Europa über ein leistungsfähiges Frühwarnsystem verfügt,

(Unruhe bei der CDU/CSU)

weil zweitens die Vereinigten Staaten von Amerika zur Vorverteidigung in Europa gemeinsam mit unseren Soldaten, gemeinsam mit den Soldaten unserer anderen Bündnispartner beitragen, weil drittens die USA uns nuklearen Schutz gewähren. Dies alles ist jedermann bekannt. Was wir in den zehn Jahren seit der Erklärung, die ich eben zitierte, in der Verteidigungspolitik und in der Entspannungspolitik erreicht haben, das wollen wir weder herabsetzen noch demontieren lassen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

In dieser Zeit sind Hunderttausende von Menschen aus Osteuropa und aus den östlichen Teilen Mitteleuropas zu uns gekommen und haben hier volle Bürgerrechte, volle Human Rights erhalten. Der Reiseverkehr hat sich vervielfacht. Der Warenaustausch hat sich vervielfacht. Berlin ist kein Krisenherd. Soll das alles nichts mehr zählen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP
— Zurufe von der CDU/CSU)

Wer in Europa, wer in Amerika erinnerte sich nicht der tiefen Besorgnisse in der Berlin-Krise, in der Kuba-Krise, in der CSSR-Krise? Wer sich aber daran erinnert, der weiß auch, wie schwerwiegend Konflikte in Europa für die ganze Welt werden können; und der weiß auch, daß Konflikte draußen in der Welt auf Europa zurückwirken können.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Unsere unmittelbare Mitverantwortung für den Frieden in Europa gebietet, daß wir gerade in schwierigen Zeiten nach **Feldern gemeinsamen Interesses** suchen. Das sage ich besonders unseren Landsleuten in der DDR.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

und ich füge hinzu: Ich bin unverändert bereit, mich mit dem Vorsitzenden des Staatsrats, Herrn Honecker, zu treffen und über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen wie auch über den Beitrag zu sprechen, den wir Deutschen für Frieden und Sicherheit in Europa zu leisten haben.

(Beifall bei der SPD)

Über Europa hinaus bieten wir den **Staaten der Dritten Welt** eine Verstärkung ihrer Eigenständigkeit, eine Verstärkung der gleichberechtigten Partnerschaft an, um durch politische Zusammenarbeit, um durch wirtschaftliche Hilfe diese Staaten festigen zu helfen. Die Länder der Dritten Welt wissen, daß wir zu ihnen stehen. Aus eigener guter Erfahrung ermutigen wir die regionale Zusammenarbeit als geeignetes Mittel zur Bewahrung der Unabhängigkeit für solche Länder, die nicht zu den Großmächten zählen oder die nicht einem Bündnis angehören. Die westliche Initiative in Namibia, die erfolgreichen Rhodesien-Verhandlungen, die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit der Vereinigung südostasiatischer Staaten — ich rede von ASEAN —, das zweite Abkommen von Lome, der europäisch-arabische Dialog, — das alles sind Zeichen dafür, daß wir in der Dritten Welt politische oder gar militärische Hegemonie nicht etablieren wollen, sondern daß wir mit souveränen Partnern im gleichberechtigten Austausch stehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Diese Politik darf nicht durch unbedachtes Reden über eine geographische Ausweitung der NATO-Verpflichtungen gefährdet werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Beifall bei der FDP)

Dies hilft den Staaten der Dritten Welt nichts, es weckt dort jedoch Mißtrauen und schadet unserem Bündnis.

Unverändert gilt der Kabinettsbeschluß, der am 30. Mai des vorigen Jahres formuliert wurde:

Die Bundesregierung spricht sich gegen die Errichtung von Einflussonen auswärtiger Mächte in der Dritten Welt aus.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Erwähnung verlangt ein Vorgang, der im Augenblick und vorübergehend von der Krise in Afghanistan überschattet wird. Der Friedensprozeß, den Präsident Sadat mit viel Mut und Beharrlichkeit betreibt, wird in wenigen Tagen zur Rückgabe großer Teile ägyptischen, also arabischen Bodens führen. Ich hoffe und wünsche, daß die **Verhandlungen Präsident Sadats mit Ministerpräsident Begin** allen Widerständen, allen Hemmnissen zum Trotz einen gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden näherbringen werden; dieser muß dann die Lösung der palästinensischen Frage einbeziehen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Herr Präsident, ich fasse diesen Abschnitt zusammen:

Erstens. Die Sicherheit unseres Landes ist durch das Selbstverteidigungsbündnis der Nordatlantischen Allianz und durch unsere Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika verbürgt. Deshalb brauchen wir in einer Krise keine Furcht zu haben.

Zweitens. Die vordringliche internationale Aufgabe für das „Crisis Management“ ist, eine Ausweitung der Krise zu verhindern und die Krise zu entschärfen. Wir wissen dabei, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Großmacht ist. Aber wir sind im Rahmen unserer Möglichkeiten — und die sind nicht klein — beteiligt: in den Vereinten Nationen, in dem Bündnis der NATO, besonders durch intensive persönliche Gespräche, wie ich sie z. B. letzte Woche in Madrid hatte, wie ich sie mit Präsident Carter, mit Präsident Giscard d'Estaing und mit Premierminister Thatcher führe; z. B. durch die morgige Reise des Kollegen Genscher zu seinem amerikanischen Kollegen; z. B. durch meinen bevorstehenden Besuch bei Präsident Carter.

Selbstverständlich ist der Kontakt mit Präsident Carter besonders eng. Ich habe aber auch die Absicht, mit Generalsekretär Breschnew in Moskau zusammenzutreffen.

Ich bekräftige in diesem Zusammenhang, was Kollege Genscher in der letzten Debatte des vorigen Jahres, am 14. Dezember, im Bundestag gesagt hat; daß die Herbstsitzung der NATO in Brüssel die **reale Chance für Fortschritte bei Rüstungskontrolle und Entspannung** eröffnet habe, daß es jetzt an den Staaten des Warschauer Pakts liege, diese Möglichkeit, aber auch diese Notwendigkeit zu erkennen. Weiter sagte er wörtlich — ich zitiere —:

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten, die Entwicklung in Teilen Afrikas, die Spannungen in Südostasien, die Probleme der Energieversorgung machen uns bewußt, welche Ungewißheiten und Gefahren an der Schwelle der 80er Jahre die Menschheit bedrücken. Um so wichtiger ist es, daß Europa, das in der Vergangenheit so viele Kriege führte und von dem so viele Kriege ausgingen, alles tut, um nach 35 Jahren ohne Krieg in Europa den Frieden weiter zu sichern und damit auch zur Stabilität in der Welt beizutragen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ein Wort zur ökonomischen Dimension dieser Lage.

Die neuen internationalen Krisen sind in einem Zeitraum aufgeflammt, während dessen unsere deutsche Volkswirt-

schaft sich gerade erfolgreich auf die weltwirtschaftlichen Herausforderungen eingestellt hatte: auf den Strukturwandel der Weltwirtschaft und auf die Energiekrise.

Ich muß einige der neuen Tatsachen noch einmal vor Augen führen.

Allein im Jahr 1979 haben sich die **Ölpreise** mehr als verdoppelt. 1978 hatten wir für Ölimporte insgesamt 30 Milliarden DM bezahlt. Das waren damals 2% unseres Sozialprodukts. 2% unseres Sozialprodukts, um die Ölrechnung zu bezahlen! Nach bisheriger Voraussicht werden wir 1980 65 Milliarden DM an die Ölförderländer bezahlen müssen. Das werden über 4% unseres Bruttosozialprodukts sein. Und wir müssen übrigens damit rechnen, daß auf längere Sicht das Öl noch knapper und noch teurer wird.

Das, was wir für die verdoppelte Ölrechnung in diesem Jahr dem Ausland bezahlen müssen, verringert zugleich unser eigenes Volkseinkommen. Das heißt, wir können diese Beträge nicht noch einmal im Inland verteilen. Außerdem sind ja gleichzeitig auch die Importpreise für andere Rohstoffe, die wir einführen, stark angestiegen. Und ich rede dabei noch gar nicht von der schwindelhaften internationalen Goldspekulation. Insgesamt sind heute, an diesem Tage, unsere Importe von den Weltmärkten im Durchschnitt 20% teurer als vor 12 Monaten.

Daran muß jeder denken, der in unserem Land über Preise oder über Löhne mitentscheidet. Preiserwartungen und Lohnforderungen, die einem vielleicht im Frühherbst des letzten Jahres noch realistisch erschienen sein mögen, muß jeder angesichts der neuen weltweiten Entwicklung überprüfen. Mit anderen Worten: Nicht nur der Staat, nicht nur die Bundesbank, sondern auch die **Unternehmensleitungen** und auch die **Tarifpartner** müssen darauf achten, daß sich **Preise und Löhne** nicht gegenseitig aufschaukeln und damit die wirtschaftlichen Aussichten für alle verschlechtern.

(Beifall bei der FDP)

Jedenfalls wird die Bundesbank der Volkswirtschaft für solche Prozesse kein zusätzliches Geld zur Verfügung stellen. Bundesregierung und Bundesbank bleiben auf **antiinflationarischem Kurs**.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich wiederhole, was ich häufig schon gesagt habe: **Inflation schafft keine Arbeitsplätze; im Gegenteil, sie beeinträchtigt auf die Dauer das Wachstum unserer Wirtschaft.**

(Lachen bei der CDU/CSU)

Unsere größte wirtschaftspolitische Herausforderung liegt aber — und das ist für eine nunmehr bereits näher gerückte Zukunft schon heute erkennbar — in der **Sicherung der Energieversorgung**. Hier sind unsere wichtigsten Aufgaben:

Erstens alle Möglichkeiten zur Einsparung von Energie, insbesondere von Öl, auszuschöpfen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Übrigens werden dafür schon die Ölpreise sehr weitgehend sorgen.

Zweitens den Einsatz von Öl überall dort durch andere Energieträger zu ersetzen, wo dies möglich und vertretbar ist: in der Industrie, bei der Stromversorgung, beim privaten Verbrauch. Dafür muß die **Nutzung unserer Kohle** Vorrang haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Die Bundesregierung hat dazu in den letzten Wochen in intensiven Gesprächen mit der Industrie deren Vorschläge

zur großtechnischen Vergasung und Verflüssigung von Kohle erörtert. Wir sind damit in Kürze in der Lage, den Startschuß für das von mir hier am 4. Juli 1979 angekündigte Kohleveredelungsprogramm zu geben. Dies ist die konsequente Fortsetzung jener Politik der Bundesregierung, die bereits seit 1974 Versuchs- und Pilotanlagen in diesem Bereich mit rund 650 Millionen DM gefördert hat. Die Entscheidung, von der ich spreche, wird unsere Erdöl- und Erdgasversorgung zwar nicht sofort verbessern können, wohl aber wird die Verwirklichung dieses Programms ab Mitte der 80er Jahre zunehmend zur alternativen Energieversorgung beitragen.

Drittens. Ich wiederhole: Wir müssen grundsätzlich auf alle zur Verfügung stehenden Energieträger zurückgreifen. Auch auf die **Kernenergie** können wir nicht verzichten. Wir beabsichtigen, die Neufassung der Grundsätze für die Entsorgung der Kernkraftwerke am 29. Februar 1980 mit den Regierungschefs der Länder, abschließend, wie ich hoffe, zu behandeln.

Viertens. Wir werden uns um die Entwicklung einer **gemeinsamen europäischen Energiepolitik** bemühen und die Zusammenarbeit mit den anderen Industrieländern in der Internationalen Energieagentur in diesen Wochen verstärken. Wir halten nach wie vor einen konstruktiven Dialog mit den ölproduzierenden Staaten — bei Beteiligung der Entwicklungsländer — über weltenergiepolitische Probleme für dringend notwendig und wollen den europäisch-arabischen Dialog intensivieren.

Meine Damen und Herren, mit Weitsicht und mit Selbstdisziplin wird es gelingen, die Energieprobleme der 80er Jahre zu meistern. Dabei dürfen wir uns nicht selbst mit dem Bewußtsein beruhigen, daß in diesen Wochen unsere Tanks voll sind. Viele andere Länder sind nicht in der Lage, mit diesen Problemen so fertig zu werden wie wir hier. Die Entwicklungsländer haben allein 1979 40 Milliarden Dollar für Öl ausgeben müssen. Das war achtmal so viel, wie die Entwicklungsländer noch 1973 für ihr Öl bezahlen mußten. Es war doppelt so viel wie die gesamte Entwicklungshilfe an die Entwicklungsländer; sie betrug 1979 20 Milliarden Dollar. Deshalb müssen die Öl-Staaten bei ihrer Preispolitik daran denken, daß die Entwicklungshilfe, die wir Industriestaaten geben, nicht völlig konterkariert wird und daß die Entwicklungsländer nicht in eine immer größere Verschuldung hineingetrieben werden.

Kein Zweifel, meine Damen und Herren: Energieversorgung und weltwirtschaftliche Gesamtentwicklung stellen Risiken auch für unsere Konjunktur dar. Aber unsere Volkswirtschaft hat in den weltwirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre große Widerstandskraft, große Flexibilität und große Anpassungsfähigkeit bewiesen. Wir haben im eben zu Ende gegangenen Jahr 1979 ein reales **Wirtschaftswachstum von 4,5%** erreicht. Wir haben im letzten Jahr 340 000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Wir haben im Laufe der letzten beiden Jahre zusammen eine halbe Million Arbeitsplätze neu geschaffen. Wir hatten infolgedessen am Ende des letzten Jahres die geringste Arbeitslosenzahl und den höchsten Bestand an offenen Stellen seit 1973. Die Auftragsbücher unserer Unternehmen sind voll. Wir gehen also aus einer guten Startposition in das neue Jahr.

Wir tun dies auch in Gelassenheit. Wir brauchen diese Gelassenheit nicht nur wegen der internationalen Krise, wir brauchen sie auch, um zu Hause, um im eigenen Hause eine Reihe von Aufgaben zu lösen, die bis zum Abschluß der Legislaturperiode des Bundestages in diesem Sommer erledigt sein wollen.

Ich erinnere an unser Versprechen, zum 1. Januar 1981 die Bürger steuerlich zu entlasten und dabei die Familien zu stärken. Um dies zu erreichen, muß das Gesetz noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Ich erinnere an die wichtigen Gesetze auf dem Felde des Umweltschutzes, die noch verabschiedet werden müssen, an das Umweltstrafgesetz, das Chemikaliengesetz und das Verkehrslärm-schutzgesetz. Ich erinnere auch an die Kartellnovelle. Ich erinnere daran, daß 1980 ein wichtiges Jahr für **zukunfts-trächtige Entscheidungen** hinsichtlich der neuen elektronischen Medien und hinsichtlich der Struktur unseres Rundfunks und unseres Fernsehens wird. Ich erinnere daran, daß die politischen Parteien, jede für sich, es nötig haben, in diesem Jahr über ihre weiteren Absichten hinsichtlich der Rentenreform 1984, die ja in der nächsten Legislaturperiode geleistet werden muß, Klarheit zu schaffen.

Ich begnüge mich mit diesen wenigen Stichworten, die, meine Damen und Herren, nur eines deutlich machen sollen. Sie sollen deutlich machen: Auch wenn die Erhaltung des Friedens die bei weitem wichtigste Aufgabe dieses Jahres sein wird, so gibt es nach wie vor in unserem Lande auch andere Aufgaben, zu denen von uns mit Recht Lösungen und Orientierungen erwartet werden. Wir wollen diese Erwartungen nicht enttäuschen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Willy Brandt, Vorsitzender der SPD:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in diesen Tagen und Wochen viel von westlicher **Solidarität** die Rede. Wenn das eine Frage wäre, dann könnte die Antwort, meine Antwort, unsere Antwort darauf nur ein unmißverständliches, eindeutiges, nachdrückliches, ja leidenschaftliches Ja zur westlichen Solidariät sein.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Das wirft dann auch die andere Frage auf: Was ist mit der Solidarität im eigenen Hause? Weil ich mich auch damit befassen will, möchte ich dem bayerischen Ministerpräsidenten nicht auf dem Wege der Polemik folgen.

Dr. Henning [CDU/CSU]: Das müssen Sie gerade sagen! — Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Scheinheiligkeit! — Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU/CSU)

Das waren heute eh nur Einsprengsel, verglichen mit den Passagen des Kollegen Kohl. Was er in Ableitung vom „Kölner Stadtanzeiger“ gesagt hat, war unter Niveau. Auf das, was er in bezug auf das Jahr 1968 sagte, als wir gemeinsam in einer Regierung gesessen haben, werde ich allerdings noch zurückkommen müssen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Die Regierung, der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister, ihre Kollegen haben nicht Tadel, sondern Lob dafür verdient, daß sie sich nicht in einen Sog steriler Aufgeregtheit haben hineinziehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte die Eingangspassage der Rede, die der bayerische Ministerpräsident soeben gehalten hat — zum Schluß klang das noch einmal an — für bemerkenswert. Ich habe sie nicht für die Regierung zu beantworten. Ich selbst halte es im Grunde in einem demokratischen, parlamentarisch-demokratischen Staat für eine Selbstverständ-

Wir alle zusammen haben dabei Grund zum Selbstvertrauen, denn wir haben die beruhigende Erfahrung gemacht, daß wir Deutschen fähig sind, unsere **Stabilität** auch in schwierigen Situationen gegenüber politischen Krisen außerhalb unserer Grenzen genauso wie gegenüber Extremisten oder Terroristen innerhalb unserer Grenzen zu bewahren.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Diese Erfahrungen geben mir Zuversicht für die Zukunft. Wir werden die Herausforderungen bestehen. Unsere Freunde und unsere Partner in der Welt haben Vertrauen zu uns, und mit Recht: Sie können sich auf unsere **Solidarität** verlassen. Dies gilt wegen der Geiseln in Teheran heute ganz besonders für die Vereinigten Staaten von Amerika.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich möchte hinzufügen: Ich habe Vertrauen in die Menschen unseres Landes. Sie haben vieles Schwere durchgestanden, aber sie haben sich ihren Lebensmut, ihren Fleiß und ihren Unternehmungsgeist immer bewahrt. Er wird sich auch 1980 bewähren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

lichkeit, daß diejenigen, die für die Regierung verantwortlich sind, und diejenigen, die für die Opposition verantwortlich sind, überhaupt, aber gerade auch in ernstesten Zeiten — dies sind gewiß ernste Zeiten — miteinander reden und nicht nur zufällig miteinander reden.

Für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ist es jedenfalls gut, zu wissen, daß sie sich — so sehe ich das — in kritischer Zeit auf eine **besonnene** und auf eine **solide Führung der Regierungsgeschäfte** verlassen können.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Die Welt sieht anders aus, als sie sich manche draußen, auch manche in diesem Haus vorstellen. Aber über eines bräuchten wir nicht zu streiten: Wir als Deutsche gehören zu jener übergroßen Mehrheit der Vereinten Nationen — jener Vereinten Nationen, über die hier nicht immer so freundlich wie heute geredet worden ist —

(Beifall bei der SPD)

die den **Abzug der fremden, d. h. der sowjetischen Truppen aus Afghanistan** verlangt hat. So haben es gestern auch unsere Kollegen im Europäischen Parlament vertreten. So vertreten wir es gemeinsam mit meinen Freunden Bruno Kreisky in Österreich, François Mitterrand in Frankreich, Bettino Craxi in Italien und Olof Palme in Schweden. Die **Haltung der europäischen Sozialdemokraten** ist eindeutig: sie bedürfen keiner Belehrungen,

(Beifall bei der SPD)

zumal dann nicht, verehrter Herr Kollege Kohl und Herr bayerischer Ministerpräsident, wenn eigene Vorschläge auf sich warten lassen. Es ist auch nicht so leicht. Von Ihnen wird im Grunde nur gesagt: Wir möchten das etwas besser machen. Das ist Ihr gutes Recht. Und wenn Sie den Auftrag der Wähler bekommen, wer wollte Ihnen das dann streitig machen? Wir werden uns bemühen, daß Sie diesen Auftrag nicht bekommen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Sie werden holzen!)

Aber wir sollten uns die Mühe machen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, mehr darüber nachzudenken, was **Solidarität** in dieser Zeit konkret bedeuten könnte und sollte. Eines steht für mich fest: Die ja nicht nur auf Interessen beruhende **Verantwortung der Weltmacht USA** reicht weiter als die der **Bundesrepublik Deutschland** oder die unserer europäischen Nachbarn. Eigentlich konnte es auch keine Überraschung sein, daß die Bundesregierung bereits vergangene Woche auf gewisse objektive Gegebenheiten hinwies, objektive Gegebenheiten, die es z. B. unmöglich machten, machen würden, einfach parallele Maßnahmen zu solchen der Vereinigten Staaten von Amerika in Aussicht zu nehmen. Aber selbst wenn dies möglich wäre, müßte zusätzlich immer noch überlegt werden, ob es auch sinnvoll wäre. Können wir, so frage ich das Hohe Haus, den Vereinigten Staaten, unseren Freunden, unseren Hauptverbündeten, dem Kern, wie der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister noch einmal gesagt haben, des westlichen Bündnisses, also den Vereinigten Staaten und ihrem Präsidenten nicht am meisten dadurch helfen, daß wir, wenn es irgend geht, Europa nicht auch noch zum akuten Krisengebiet werden lassen,

(Beifall bei der SPD und der FDP)

mit anderen Worten: daß wir versuchen, die Politik der **Beherrschung und Eindämmung von Konflikten** — so schwer dies zur Zeit und zuweilen sein mag — trotz allem weiterzuführen? Wem würden wir wohl damit helfen, wenn wir dazu beitragen, ein mittelasiatisches und ein gewissermaßen Ost-Süd-Problem ausdrücklich zu europäisieren?

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Wer will das denn?)

Das haben wir ja nicht einmal bei Vietnam gemacht. Es sind ein paar Kundige im Saal. Ich sehe den früheren Bundesaußenminister Gerhard Schröder, der weiß, wie stark damals die Versuchung war — durch die ja verständlicherweise starken Einwirkungen der Vereinigten Staaten —, jedenfalls — so hieß es dann zum Schluß — ein Sanitätsbataillon zu schicken.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Eine Verdrehung des Problems ist das!)

Der bayerische Ministerpräsident hatte recht, als er heute, wie ich es aufgefaßt habe, unpolemisch und to whom it may concern, an jedermanns Adresse, gesagt, daß niemand ein unfehlbares Konzept habe. Aber ich meine, der bayerische Ministerpräsident hatte auch recht, als er auf einer Veranstaltung seiner Partei — seiner Schwesterpartei oder Bruderpartei, — ich stelle anheim — am Sonntag — nachzulesen in einer überregionalen Zeitung am Montag früh — betonte, es ausdrücklich auch für notwendig hielt, zu betonen, er sei kein Befürworter weltpolitischer Abenteuer. Aber: Wie verhält es sich dann damit, daß Herr Strauß dort — ebenso nachzulesen in der Zeitung am Montag — denjenigen seiner Kollegen hier im Hause und anderswo ausdrücklich zustimmte, die betont zugespitzt, aufdringlich über eine **Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs der NATO** reden? Ich sage, verehrter Herr Ministerpräsident, auch nach Ihrer heutigen Interpretation: Dies ist ein Spaltpilz für das Atlantische Bündnis, so wie es ist.

(Beifall bei der SPD)

Jeder, der es mit dem Bündnis ernst meint, darf nicht an seinen Grundlagen rütteln. Er kann ihm etwas hinzufügen, andere Dimensionen, die nicht diesen Vertrag ändern.

Mich hat ein Kollege, bevor ich hier heraufging, noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß ich, bevor ich Berliner Bürgermeister wurde, hier im Hause Berichterstatter

zu den Verträgen im Jahre 1953 war und welche Rolle damals — das kann man in meinem eigenen Bericht nachlesen — dieser Punkt des Tätigkeitsbereichs, wie es jetzt genannt wird, gespielt hat. Es besteht weiterhin Anlaß — auch nach den im wesentlichen sachlichen Reden, die wir gehört haben —, vor Kurzschlüssen und natürlich erst recht vor Abenteuern auf der Hut zu sein.

Es ist richtig, gerade in einer Situation zusätzlicher Konflikte in anderen Teilen der Welt, die dann ja immer zu weiterreichender Konfrontation führen können, das Gespräch mit den Verantwortlichen in der Sowjetunion und in den mit ihr verbundenen — ich hätte auch sagen können: verbündeten — Staaten nicht abreißen zu lassen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Wer will das denn?)

— Um so besser. Der Zuruf des Kollegen Mertes war — mit liegt daran, daß das Haus weiß, wozu ich „um so besser“ gesagt habe —: „Wer will das denn?“

(Abg. Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Ich möchte das jetzt fortführen. Wir können das nachher wieder aufnehmen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Haben Sie Anlaß gehabt, daran zu zweifeln?)

Wem wäre denn wirklich damit gedient, wenn zu den gefährlichen Wirren im Mittleren Osten eine Ost-West-Krise in unserer Region hinzukäme? Ich weiß aber auch: Dies ist nicht eine Situation, wo man wie ein preußischer Unteroffizier den Mannschaften einfach sagen kann: Weitermachen! Dies ist eher eine Situation, in der einer, der auch ein bißchen mit den Dingen zu tun gehabt hat, aus tiefer Sorge sagt: Vielleicht geht es bald darum, zu retten, was für unser Volk und für andere zu retten ist.

Ich habe mit innerer Bewegung gelesen, was heute vormittag der Mann gesagt hat, der im Schöneberger Rathaus auf dem Stuhl sitzt, auf dem ich zehn Jahre lang gesessen habe. Dietrich **Stobbe** hat gesagt — nein, er hat gefordert, trotz der Konflikte in der Welt alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Bestand der **Entspannung** in Europa mindestens zu sichern. Er hat hinzugefügt, nur eine konstruktive Grundhaltung in der Entspannungspolitik sei geeignet, Konflikte in anderen Regionen eindämmen zu helfen. Der Regierende Bürgermeister hat recht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin im übrigen dafür — und bitte, auch das ruhig anzuhören —, Generalsekretär **Breschnew** beim Wort zu nehmen, nämlich bei seinem **Wort vom Rückzug**, so verklausuliert das der Welt auch am 12. Januar 1980 übermittelt wurde.

Solidarität im westlichen Bündnis und mit unseren Verbündeten bedeutet für mich nicht Fortführung von irgend etwas, sondern Fortführung einer überaus schwierigen, auch risikoreichen, gefährdeten, aber in einigen Kernbereichen erprobten Politik, auch und vor allem wo es um die Begrenzung von Truppen und Rüstungen geht. Wenn wir von uns aus **SALT** aufgaben — da kann man ja nur hoffen, daß der Bundeskanzler recht hat mit dem zu vermutenden Verhalten, einem adäquaten Verhalten, sage ich jetzt einmal, beider Weltmächte, als ob der Vertrag unterschrieben wäre; sonst muß das neue, gewaltige Schraubenumdrehungen auslösen —; wenn wir von uns aus das, was in Wien vor sich geht, das, was in Madrid Ende des Jahres vor sich gehen soll, aufgeben würden, wem wäre damit gedient? — Niemandem wäre damit gedient. Das gilt erst recht für die Regelung praktischer und humanitärer

Fragen zwischen den beiden deutschen Staaten. Ich bin skeptisch, wenn ich mir angucke, was sich in den nächsten Monaten entwickeln kann, aber ich bin dafür, daß Bundeskanzler Schmidt, wenn es dann noch irgend geht, und der erste Mann in der DDR einander begegnen. Ich nenne dies an erster Stelle, ohne die Kleiderordnung zu verwechseln, was die Mächte angeht.

Ich sage an zweiter Stelle: Ich bin dafür, daß das **Gespräch mit der Sowjetunion und mit Polen** — ich sage „Polen“ unterstrichen — und mit anderen weitergeführt wird.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich bin dafür, so hoffnungslos das im Moment aussehen mag, daß in Wien allen Schwierigkeiten zum Trotz die Thematik der Begrenzung von Truppen und Rüstungen in der Mitte Europas weiter erörtert wird. Ich bin dafür, daß man die Vorbereitungen für das zweite **Folgetreffen der Helsinki-Konferenz** in Madrid nicht aufgibt, so skeptisch ich bin — diese Skepsis hat ganz andere Gründe; sie war bei mir da, bevor es Afghanistan gab —, ob es Ende dieses Jahres damit anfängt.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Aber ich bin noch für etwas anderes. Wir wissen: Die Sowjetunion sagt, sie wolle nicht über die Note der NATO sprechen. Diese Note ist ihr bisher übermittelt worden. Der Westen hat gesagt, er wolle nicht über das reden — jedenfalls nicht zu dem Zeitpunkt —, von dem wohl die Sowjetunion meint, es enthalte ein Stück Verhandlungsangebot Breschnews. Das war im Oktober.

Aber vielleicht denken beide Seiten und andere mit ihnen noch einmal darüber nach, daß es irgendwo einen französischen Vorschlag bezüglich der europäischen Sicherheit unter Einbeziehung der Amerikaner gibt und daß es deutsche Überlegungen und Überlegungen anderer gibt, wie man aus einer zweiten Folgekonferenz dessen, was in Helsinki begann, etwas ableiten könnte, was sich auf militärische und andere vertrauensbildende Maßnahmen ausdehnen könnte.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]:
Typisch Brandt!)

Diese Frage stelle ich.

Es ist klar, meine Damen und Herren, daß wir eine weltweite Entspannung erstreben

(Zuruf des Abg. Dr. Becker [Pullach] [CDU/CSU])

und schon deshalb erstreben müssen, da sich aus dem Berührtsein der Weltmächte immer auch die Eskalation zunächst begrenzt erscheinender Konflikte ergeben kann, und dies in einer Zeit, ich sage dies behutsam, aber ich hoffe, jeder wird mich verstehen

(Kunz [Berlin] [CDU/CSU]: Schwer!)

— ich kann nichts dafür, daß es einigen schwerer fällt als anderen —, in der auch die Supermächte zum Teil erst noch die bittere Erfahrung machen müssen, daß trotz aller Anhäufung der Rüstungen auch ihre Macht nicht unbegrenzt ist.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Unglaubliches Gewäsch! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ebenso klar ist es, daß wir unserer Politik nicht die Maxime „Alles oder nichts“ zugrunde legen können. Ich wiederhole hier, was ich an anderer Stelle in Anlehnung an meinen Freund, den österreichischen Bundeskanzler, gesagt habe: Die Sowjetunion hat sich in **Afghanistan** in

eines der am wenigsten zu Ende gedachten Abenteuer eingelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Eine Unterschätzung der Sowjetführer! — Breidbach [CDU/CSU]: Die Armen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Sie wird mit ihrer gewaltsamen Aktion eine Rückkehr zum islamischen Fundamentalismus — das ist nämlich noch mehr als moslemischer Nationalismus — auch in Afghanistan und anderswo auf die Dauer kaum verhindern können.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das?)

Ich spreche nicht von diesem Augenblick.

Zugleich hat sie sich in der Dritten Welt viele Sympathien verschert. Diese Aktion — dafür spricht viel — wird ihren Urhebern keinen wirklichen Vorteil bringen. Ein amerikanischer Sachverständiger hat gestern von einem historischen Fehler gesprochen. Das ist jemand, den auch einige von Ihnen kennen: Marshall Shulman, der die Vereinigten Staaten, ihren Präsidenten, ihren Außenminister berät. Er hat von einem historischen Fehler gesprochen, der, so sagt er, schon in den nächsten Monaten den Kreml zu einer Änderung seiner Politik veranlassen könnte. Aber in beiden Richtungen: entweder noch mehr in militärische Operationen in der Region hinein — oder sonstwo, Region im weiteren Sinne — oder Überprüfung in der aus unserer Sicht günstigeren Richtung.

Ich will noch eine Bemerkung machen, die den Bundeskanzler betrifft, der jetzt aus Gesundheitsgründen nicht da sein kann. Ich hätte gewünscht, er wäre schon Dienstag auf den Rat seiner Ärzte hin zu Hause geblieben. Aber er hat es für richtig gehalten, heute morgen hierherzukommen. Ich denke, seine politischen Freunde und viele draußen im Volk wissen das zu schätzen, daß er das gemacht hat, obwohl es ihm nicht gut geht.

(Beifall bei der SPD)

Der Bundeskanzler ist mit Sottisen überzogen worden, was seine Neujahrsansprache und den behutsamen Satz angeht, der eingefügt wurde. Verehrte Kollegen — Kohl in diesem Fall, der jetzt nicht da sein kann, und der bayerische Ministerpräsident —, können Sie sich denn vielleicht mal Gedanken darüber machen, warum die Vereinigten Staaten von Amerika zwei Tage gebraucht haben, nachdem sie wußten: die Russen sind da, ehe sie sich überhaupt dazu geäußert haben? Können Sie sich darauf einen Vers machen? Können Sie vielleicht in Ihre Betrachtung mit einbeziehen, daß einer der in den Vereinigten Staaten Erfahrensten, der Professor und frühere Botschafter **George Kennan**, in einem Beitrag für die „Zeit“ am 4. Januar — allerdings vor Afghanistan, aber auf die Region bezogen, sagt: ein afghanisches Regime — Herr Kohl sagte heute früh von ihm, es sei doch auch schon ein kommunistisches gewesen —, das am Rande seines Sturzes durch Guerillas im eigenen Lande dahinvegetiert. Er brachte das als ein Argument dafür, daß die Russen nicht überall so weit vorangekommen sind und so stark dastehen, wie es manche uns erzählen. Aber darauf komme ich gleich noch zurück.

Es ist auch sonst vieles zu bedenken, u. a. eine gewisse Interdependenz der Reaktion **Pakistans** und **Indiens**. — Ich habe mit Freude gehört, daß über beide Länder etwas gesagt wurde. — Das wird nicht einfacher dadurch, daß es eine andere Brücke zwischen Libyen und Pakistan gibt und nicht nur ein wesentliches Interesse daran, mit Pakistan voranzukommen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]:
Fundamentale Binsenweisheit!)

Ich will noch etwas hinzufügen, was im Augenblick wenig hilft, was ich aber doch nicht unausgesprochen lassen will. Herr Strauß sprach hier von Geschichte. Es ist geschichtlich jedenfalls nicht neu, daß es aus russischer Sicht seit langem Probleme an der Südgrenze gibt. Die Schwierigkeiten schwingen ja im Hintergrund auch mit, die Schwierigkeiten zwischen **Rußland** und **China**, sage ich jetzt einmal bewußt; ich nehme jetzt nicht die Zusatzbezeichnungen der heutigen Staatsformen. Die Schwierigkeiten zwischen Rußland und China sind bekanntlich viel älter als die, welche sich unter den Generalsekretären Breschnew und Hua darstellen.

Die deutschen Sozialdemokraten — ich will es noch einmal ganz klarmachen — lassen keinen Zweifel daran, wie sie zur Invasion in Afghanistan stehen. Doch wäre es unsinnig, wollte man hier oder anderswo die Konsequenz daraus ziehen, man dürfe willkürlich gefährden, was im Laufe von Jahren für die Menschen in Europa immerhin hat erreicht werden können.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Wer gefährdet denn?)

Es würde die Chancen, die Krisen um Iran und Afghanistan friedlich beizulegen, nicht erhöhen, sondern stark vermindern, wenn wir die Grundsätze unserer Politik aufgäben.

Ein zusätzliches Wort zum **Gelseidrama**. Es gibt vermutlich viele, die wie ich von der extremen Disziplin tief beeindruckt sind, mit der Präsident Carter diese schrecklich bedrückenden Vorgänge bisher durchgestanden hat.

(Beifall bei der SPD, der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn es etwas helfen könnte, dann würde ich hier noch einmal etwas unterstreichen wollen, was ich im November für politische Freunde über die Grenzen des eigenen Landes hinaus habe sagen können. Es war dies: Der Kampf für die Unabhängigkeit eines Volkes und für die Verwirklichung seiner sozialen Gerechtigkeit dürfte nicht durch Aktionen herabgemindert werden, die die Würde des Iran ebenso in Zweifel ziehen wie die Integrität derer, die gegen den Schah gekämpft hatten; — und sie hatten ja recht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich hoffe, bei allen Maßnahmen, die für unvermeidbar gehalten werden, schwindet nicht aus dem Blickfeld, wie sehr uns an guten Beziehungen zur iranischen Nation liegt und für wie wichtig wir es deshalb halten, daß keine Brücken zerstört werden, sondern daß objektiv vorhandene Brücken auf neue Weise und unter strikter Beachtung iranischer Souveränität freigegeben werden.

Ich möchte noch ein Wort zu dem neuen Streit, der hier auch in der bisherigen Debatte — wenn es eine war — anklang, zu dem Begriff „**Entspannung**“ sagen.

(Zuruf von der CDU/CSU: „Wenn es eine war“?! — Niegel [CDU/CSU]: Beschwichtigung!)

— Wenn Sie den nächsten Satz abgewartet hätten, wären Sie ein bißchen vorsichtiger gewesen und würden nicht einen großen Staatsmann eines uns benachbarten Landes — nicht irgendeines Landes — beleidigen. Ich wollte nämlich Frankreichs **Charles de Gaulle** zitieren. Er hatte zur Kennzeichnung seiner Politik von den drei Elementen gesprochen: *détente*, *entente*, *coopération*; also: Entspannung, Verständigung, Zusammenarbeit.

Entspannung ist hier nicht die Folge von etwas, sondern das Bemühen um Entspannung ist die Voraussetzung für Verständigung und Zusammenarbeit und für die Beschreibung des historischen Prozesses.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Aber er war gegen die Anerkennung der DDR!)

— Herr Kollege Mertes ruft dazwischen: Anerkennung der DDR!

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Er war dagegen!)

— Ich dachte, Sie wollten sagen — und insofern den Kollegen Strauß in seinem geschichtlichen Exkurs, bezogen auf das Jahr 1945, korrigieren —, daß es natürlich ein ganz vereinfachtes Geschichtsbild wäre, wenn unsere Geschichtslehrer auf Grund des Vortrags von Herrn Strauß den jungen Leuten glaubten beibringen zu können: 1945 haben sich diejenigen, die heute unsere Freunde sind, nämlich die Franzosen und die Amerikaner, die Beine ausgerissen, um die deutsche Einheit wiederherzustellen. Es wäre ja falsch, wenn man den jungen Leuten solches vermitteln würde.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen mag für die Beschreibung des historischen Prozesses, der unsere Beziehung zur Sowjetunion und ihre Bemühungen in den vergangenen zehn Jahren kennzeichnet, ein Hinweis auf den genannten de Gaulleschen Dreiklang — *détente*, *entente*, *coopération*; also Entspannung, Verständigung, Zusammenarbeit — hilfreich sein. Für uns ging es und, wie ich meine, mußte es weiterhin darum gehen, die Verkrampfung aus den Jahren des Kalten Krieges zu lösen, Aussöhnung, wo es ging, vorzubringen, eine Normalisierung der Beziehungen zueinander möglich zu machen und auf möglichst vielen Gebieten gemeinsamen Interessens Wege der Zusammenarbeit zu finden. Dies ist uns ja — was Sie heute nicht mehr bestritten haben — in nicht geringem Maß gelungen. Und dies hat vielen Menschen Nutzen gebracht. Dies ist alles in allem auch dem Frieden zugute gekommen. Daran werden wir also festzuhalten haben.

(Beifall bei der SPD)

Worum es geht, sind eben nicht Wunschvorstellungen oder, wie Sie häufig sagen, Illusionen, sondern Konfliktbeherrschung — nein; eigentlich müßte ich dem noch das voranstellen, was der Bundeskanzler heute morgen „Krisenentschärfung“ genannt hat —,

(Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]:
„Crisis management“!)

zähe Bemühungen zur Begrenzung der Rüstung auf beiden Seiten — ich komme gleich mit einem Satz darauf zurück —. Eines wissen wir ja alle miteinander: Wenn es in jenen 80er und 90er Jahren, von denen Herr Strauß spricht, nicht gelingt, das **Wettrüsten** drüben und hüben zu stoppen, dann wird sich die Menschheit zu Tode rüsten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Also gilt es, an dem Thema dranzubleiben und bei allen Unterschieden und Gegensätzen Gebiete zu erschließen, auf denen man zusammenarbeiten kann.

Der Vorwurf, der in diesen Tagen wieder so lautstark erhoben wird, wir hätten uns bei der Durchführung unserer Politik falschen Hoffnungen hingegeben, ist unbegründet.

(Dr. Becher [Pullach] [CDU/CSU]: Sie ist zusammengebrochen! — Dr. Stark [Nürtingen] [CDU/CSU]: Tatsache! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Wolkenkuckucksheim!)

Bundeskanzler Schmidt hat heute früh aus der Regierungserklärung des Jahres 1969 zitiert, gegen die Sie damals waren.

Ich erinnere, um nur ein einziges weiteres Beispiel zu nennen, an die Worte, die ich in anderer Funktion gegen

Ihren erbitterten Widerstand anlässlich der zweiten Beratung der Verträge im Deutschen Bundestag am 10. Mai 1972 gesagt habe. Ich habe wörtlich gesagt:

Ausgleich und Verständigung heißt nicht, daß wir die Spaltung Deutschlands nachträglich als rechtmäßig anerkennen oder auch die Teilung Europas als unabänderlich betrachten.

Und weiter wörtlich:

Verzicht auf Gewalt heißt nicht, auf die friedliche Verwirklichung der Menschenrechte zu verzichten. Unantastbarkeit der Grenzen heißt nicht, sie als feindliche Barrieren zu zementieren. Bereitschaft zum gleichgewichtigen Abbau der Rüstungen heißt übrigens auch nicht, daß wir die westliche Friedenssicherung einschließlich des eigenen Verteidigungsbeitrags vernachlässigen dürfen. Es geht um mehr Sicherheit durch den Abbau von Spannungen in der weiteren Entwicklung, hoffentlich auch durch den gleichgewichtigen Abbau von Truppenstärken und Rüstungen.

(Dr. Becher [Pullach] [CDU/CSU]: Was ist dabei herausgekommen?)

Und ich fügte an jenem 10. Mai 1972 — manche von Ihnen waren dabei — wörtlich hinzu:

Eine Voraussetzung dafür ist aber, daß das westliche Bündnis intakt bleibt und daß wir zu seiner militärischen und politischen Wirksamkeit nach Kräften beitragen.

Dies hat auch heute Bestand. Sie waren dagegen. Sie sollten sich endlich dazu durchringen, zu sagen: Das war falsch, daß Sie damals dagegen waren.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Zurufe von der CDU/CSU)

Dem Herrn Kollegen Kohl muß ich eine zusätzliche Hilfe geben. Ihm ist, wie das halt so geht, zugearbeitet worden, was den **Berliner Parteitag** der deutschen Sozialdemokraten angeht. Da wäre es ganz nützlich gewesen, Herr Kollege Kohl, wenn man Sie auch mit unserem umfangreichen Antrag „**Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik**“, den wir angenommen haben, vertraut gemacht hätte. Da würden Sie sehen, daß es jedenfalls in diesem Bereich keiner Polemik bedarf. Ich zitiere wörtlich:

Zur Sicherung des Friedens in Europa muß die politische und strategische Einheit der Nordatlantischen Allianz unter Führung der Vereinigten Staaten gewahrt bleiben.

Und ein paar Absätze weiter:

Äußere Sicherheit ist für die Bundesrepublik Deutschland nur im Atlantischen Bündnis realisierbar. Deswegen bejaht die SPD eine aktive, in die Nordatlantische Allianz eingebundene Verteidigungspolitik zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland gegen äußere Bedrohung und gegen Gewaltanwendung.

Was ist nun mit dem Argument, das ja auch bei Herrn Strauß heute wieder anklang — ein bißchen anders als in dem Artikel oder in der am Montag wiedergegebenen Rede; aber dem Sinn nach ähnlich —, daß das Rüstungspotential der Sowjetunion in der Zeitspanne dessen, was man „Entspannung“ nennt, gewaltig zugenommen habe. Könnten wir uns nicht darauf verständigen, daß die Sowjetunion Atomwaffenmacht, Wasserstoffbombenmacht und Sputnikmacht geworden ist, bevor man von Entspannung auch nur geredet hat,

(Beifall bei der SPD)

und daß eine Raketenlücke beschworen wurde, die sich freilich hinterher als tatsächlich nicht so gegeben heraus-

stellte, wie sie an die Wand gemalt wurde? Aber sie hat zu Beginn der Kennedy-Periode eine große Rolle gespielt. Ist es dann nicht, wenn wir schon von Analysen sprechen — ich greife das gerne auf — im geschichtlichen Prozeß vielmehr so, daß sich die Sowjetunion, ob es uns Spaß macht oder nicht, auf dem Wege zur vollen Weltmacht befindet?

(Zurufe von der CDU/CSU)

Ich kann nicht sehen, daß die Entwicklung der Sowjetunion als militärische Weltmacht durch weitere Zuspitzung der internationalen Lage verlangsamt würde; ich kann das nicht einsehen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Was wollen Sie denn? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU CSU)

Die andere Frage: Hat die Sowjetunion im Laufe der hinter uns liegenden Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg immer politisches und strategisches Terrain gewonnen?

(Zurufe von der CDU/CSU)

Welcher unglaubliche Defaitismus steckt in einer solchen Fragestellung!

(Beifall bei der SPD)

Die Chinesen, mit denen ich mich hier nicht zu identifizieren habe, und die Jugoslawen schon davor sehen das anders, als daß die Sowjetunion ihren Bereich immer ausgeweitet hätte. Die Präsidenten von Ägypten und Somalia, Herr Strauß, die sehen das anders, als daß die Sowjetunion ihren Bereich immer ausgeweitet hätte.

(Beifall bei der SPD — Dr. Todenhöfer [CDU/CSU]: Das ist falsch! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Südeuropa! Ich kann mich doch an Ihre und andere Reden erinnern. Sie hatten doch schon Portugal und Spanien aufgegeben, abgeschrieben zugunsten dessen, was Sie Marxismus genannt haben.

(Beifall bei der SPD — Dr. Kohl [CDU/CSU]: Sie sollten nicht von Portugal reden! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Die **Blockfreien**! Da hört man jetzt gute, ermutigende Worte über das, was in den Vereinten Nationen war.

(Dr. Hupka [CDU/CSU]: Märchen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Allerdings, wenn wir über die Blockfreien und mit ihnen reden, dann werden wir ja auch, weil man einander nicht nach dem Munde reden soll — wir denen also auch nicht —, über die Notwendigkeit reden müssen, wie sie die Bedingungen ihrer Unabhängigkeit, ihrer Unversehrtheit erst einmal deutlicher definieren, und dann daraus ableiten, was sie allein oder regional oder in sonstigen Zusammenhängen dazu tun können.

Es ist keine Hilfe — weder gegenüber den USA noch gegenüber den europäischen Verbündeten noch gegenüber dem eigenen Volk —, wenn wir die Lage in der Welt, wenn wir unsere Möglichkeiten und die Möglichkeiten anderer vielfach ganz anders darstellen, als sie sind.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Herr Kollege Strauß, nein, Herr Ministerpräsident Strauß, Sie haben hier — und das ist Ihr gutes Recht — das Vorwegergebnis einer Blitzumfrage eingeführt und geglaubt, für sich ins Feld führen zu können, daß heute — anders als noch vor wenigen Jahren — jeder Dritte in der Bundesrepublik Furcht vor dem Krieg hat.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Das können Sie nicht gegen uns ins Feld führen; denn ich gehöre mit zu jeweils dem Dritten. Ich habe Angst vor dem, was kommen kann in den Jahren, die vor uns liegen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist die Folge Ihrer Politik! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wenn Sie aber schon die Blitzumfrage, die nicht irgendeine ist, in die Debatte einführen, dann sagen Sie von hier aus bitte auch der deutschen Öffentlichkeit, daß die überwältigende Mehrheit der Anhänger aller Parteien in der Bundesrepublik dafür ist, daß die Politik, die Schmidt und Genscher betreiben, weitergeführt und nicht in dieser Krise aufgegeben wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren.

(Vorsitz: Vizepräsident Wurbs)

Ich will sagen: wenn die Erörterung der Frage, inwieweit Entspannung unteilbar sei, einen Sinn gehabt hat, dann vielleicht den, vielen — vielleicht, vermutlich, hoffentlich uns allen — noch bewußter zu machen, wie eng die Welt ist, in der wir leben, wie sehr wichtige Ereignisse in einem Teil unseres Erdballs das Schicksal der Menschen in weit entfernten Regionen zu beeinflussen vermögen, wie wenig gleichgültig uns das sein kann, was im Iran, in Afghanistan, im Nahen Osten — dahinter würde ich jetzt, wenn man das mitsprechen könnte, in Klammern ein Ausrufungszeichen oder mehrere setzen —, in Kambodscha oder in Zimbabwe, was in all diesen Krisengebieten geschieht. Keine wirklich durchgreifende politische Entwicklung, in welchem Teil der Welt auch immer, bleibt ohne Rückwirkung auf das Verhältnis der Großmächte und ihrer Verbündeten zueinander, kein wichtiges Geschehen bleibt ohne Konsequenzen für unsere Sicherheit, die bekanntlich aus mehr als dem militärischen Element — auf dessen Bedeutung ich aber ausdrücklich hingewiesen habe — besteht.

Es ergibt sich, daß Ost-West-Beziehungen nicht mehr losgelöst von dem betrachtet oder gar gestaltet werden können, was die **Beziehungen zwischen Nord und Süd** angeht, was sich, auf alle Hauptkomponenten der nördlichen Industrieländer bezogen, wenn nicht ein großes Unglück passiert, nicht erst auf sehr lange Sicht herausstellen wird. Wenn Friedenspolitik zu Beginn der 70er Jahre im wesentlichen noch eine einzige Dimension, nämlich die Dimension des Verhältnisses zwischen den Blöcken haben konnte, so muß heute und in der vor uns liegenden Zeit, wer den Frieden wirklich sichern will, der zweiten großen weltpolitischen Aufgabe, nämlich dem **Ausgleich zwischen den Industrienationen und den sich entwickelnden Nationen**, die gleiche Priorität einräumen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Menschheitskrise, von der Carl-Friedrich von Weizsäcker schreibt und spricht und von der er sagt, sie werde uns vermutlich mehr als ein Jahrzehnt lang als entscheidender Faktor begleiten oder, wie ich sage, herumwerfen. Der Aufbau neuer internationaler — zumal ökonomischer — Beziehungen muß rasch erfolgen, wenn nicht immer neue Flammenherde in der Dritten Welt ein großes weltpolitisches Feuer auslösen sollen.

Es ist gut, daß über die Beziehungen — auch die der Europäischen Gemeinschaft — zur Dritten Welt neu nachgedacht wird; aber bitte, verehrte Kollegen in der Regierung und in der Europäischen Gemeinschaft, nicht bloß oder überwiegend als Funktion von etwas anderem, sondern weil uns, wie der Außenminister uns begrüßenswerterweise

dargelegt hat, an eigenständigen, gleichberechtigten Partnern liegt und weil es, wie ich hinzufüge, um die alles beherrschende soziale Frage am Ende dieses Jahrhunderts geht.

Es ist gut, daß über **Südeuropa** nachgedacht wird. Ich hätte mir gewünscht, daß Vorschläge für ein Südeuropa-Programm nicht in den Jahren 1976 und 1977 verkommen wären. Es ist gut, daß über den Vertrag mit Jugoslawien jetzt endlich positiver befunden wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber, Herr Bundesaußenminister, wenn ich das so verkürzt sagen darf: Bestellen Sie Ihren Kollegen in der Gemeinschaft, die sich damit bisher sehr schwergetan hatten, wobei einige von ihnen manchmal auf uns etwas an Erfahrungen abwälzen wollten — ich weiß, wovon ich rede —, eine schönen Gruß und fragen Sie sie: warum erst jetzt vor dem Hintergrund einer weltpolitischen Krise?

(Beifall bei der SPD)

Von einem anderen Grund, der ja auch noch denkbar wäre, will ich aus Gründen des Takts gar nicht reden.

Das, was heute **Jugoslawien** gegenüber richtig ist, war auch vor einem Jahr richtig,

(Beifall bei der SPD)

und das, was heute vor dem Hintergrund der Krise im Mittleren Osten in bezug auf europäische Energiepolitik richtig ist, war auch vor einem und vor zwei Jahren richtig.

(Zustimmung bei der SPD)

Man sollte die Krise also auch noch benutzen, um allgemein ein bißchen reinen Tisch zu machen. Meine Erfahrungen aus den letzten zwei Jahren ist übrigens — ich kann das heute nicht darlegen, es hätte auch gar nichts mit parteipolitischer Auseinandersetzung zu tun —: Man kann sich von einem britischen Konservativen bis hin zu einem algerischen Linkssozialisten, wenn man sich die Mühe macht, im Nord-Süd-Zusammenhang auf etwas einigen, was eine gemeinsame Definition gemeinsamer Interessen bedeutet.

Ich komme zu dem Ergebnis, meine Damen und Herren, daß man der Sowjetunion mit allen vernünftigen Mitteln vor Augen führen sollte, wie falsch sie angesichts der eigentlichen globalen Aufgaben gehandelt hat. Wer nationale Souveränität und Selbstbestimmung so mißachtet, der beeinträchtigt eben nicht nur die Beziehungen zwischen Ost und West, der wirft uns zugleich bei dem schwierigen Bemühen zurück, das Gesamtnetz der internationalen Beziehungen so zu ordnen, daß alle Völker den Platz einnehmen können, der ihnen zukommt.

(Beifall bei der SPD)

Meine verehrten Kollegen, wenn nicht alle Beteiligten begreifen, daß uns die 80er Jahre vor die Aufgabe stellen, die Zusammenarbeit der Industrieländer untereinander und dieser mit den Entwicklungsländern unterschiedlicher Entwicklungsphase weiter auszubauen, endlich Schluß zu machen mit weiterem Wettrüsten — ich sage noch einmal: drüben und hüber —

(Zuruf von der CDU/CSU: Und weiteren Einmärschen!)

und dabei frei werdende Ressourcen produktiv einzusetzen, dann gehen wir in eine noch schwerere Zeit, als man heute erkennen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Wer dreht denn an der Rüstungsschraube?)

Wir sind es unserem Volk schuldig, noch einmal und

immer wieder zu tun, was geeignet ist, Schaden abzuwenden,

(Zuruf des Abg. Dr. Becher [Pullach] [CDU/CSU])

den Nutzen unseres Volkes und Europas zu mehren. Das

Hans Apel, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zum Thema Stellung nehme, zwei Vorbemerkungen machen.

Bemerkung Nummer eins. Der bayerische Ministerpräsident hat sich darüber beschwert, daß es keine Gespräche, keine Information mit der Opposition gegeben hätte. Diese Aussage ist unrichtig. Es hat in der letzten Woche zweimal **Informationen** durch den Herrn Vizeminister gegeben, einmal vor der Sitzung des Bundessicherheitsrates und zum zweitenmal hinterher. Im übrigen wissen Sie doch, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, hoffentlich, daß es in der nächsten Woche auch ein Gespräch der Herren Kohl und Strauß mit dem Herrn Bundeskanzler geben wird. Ich kann also diesen Vorwurf nicht akzeptieren.

Dr. Marx [CDU/CSU]: Wann ist denn das verabredet worden? — Kittelmann [CDU/CSU]: Das war wohl „Vorwärtsverteidigung“ eben!

Eine zweite Vorbemerkung. Herr Kollege Strauß hat auf einen Vorfall mit dem **General Bastian** abgehoben. Ich will dazu Stellung nehmen. General Bastian hat mir unter dem Datum 16. Januar einen Brief geschrieben, in dem folgendes steht: die Brüsseler Beschlüsse sind für ihn schwerwiegende, auch durch das Geschehen im Mittleren Osten nicht nachträglich gerechtfertigte Fehlentscheidungen. Er fügt hinzu: „Ich wende mich daher entschieden gegen die Nachrüstung, deren Realisierung die betroffenen Völker mit nicht akzeptablen Risiken belastet und die bisher eindeutige Sicherheitspolitik unseres Landes Mißdeutungen aussetzt.“ Er bittet mich, mit Ablauf des Monats vorzeitig aus dem aktiven Dienst auszuscheiden.

Dazu habe ich folgendes zu erklären. Soldaten haben mit ihrem Diensteid gelobt, ihre Pflicht zu tun. Das Primat der Politik gilt in unserem Lande. Kein Soldat kann sich ausuchen, wie er dient und wo er dient. Deswegen wird dem Gesuch des Herrn Generals nicht entsprochen. Er wird allerdings aus seiner Verwendung herausgenommen und einer anderen Verwendung zugeführt werden.

(Seiter [CDU/CSU]: Die Auffassung des Generals war doch nicht neu!)

Aber ich will zu diesem Punkte eine weitere Bemerkung machen, die dennoch auf die Historie dieses Falles zurückkommt. Ich bin fest entschlossen, jetzt und auch in der Zukunft das Prinzip vom Staatsbürger in Uniform zu verteidigen. Es kann nicht so sein, daß sich eine politische Debatte nicht auch innerhalb der Bundeswehr reflektiert. Die damaligen Äußerungen des Generals waren nicht zu beanstanden, insbesondere nicht in der Form, wie sie gefallen waren. Zu beanstanden war damals das, was Sie daraus gemacht haben, nämlich eine Treibjagd, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Ich werde mich auch weiterhin jederzeit vor meine Soldaten stellen, wenn sie von ihrem demokratischen Recht in dem Umfang Gebrauch machen, wie es zulässig ist. Zulässig

geht nicht nur mit einer besonnenen Politik, aber dieser bedarf es jedenfalls, und zwar einer besonnenen Politik, die unsere Interessen nachdrücklich wahrt und, wenn es irgend geht, den Frieden sichern hilft.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der FDP)

sig ist es nicht, zu verlangen, mit einer dicken Pension in den Ruhestand treten zu können. Hier kommt es darauf an, die Pflicht zu tun.

(Beifall bei der SPD — Abg. Haase [Kassel] [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Sofort, sofort.

Eine letzte Bemerkung. Ich denke, trotz der Ereignisse, die mich heute zu diesem Schritt gezwungen haben, schämen Sie sich hoffentlich immer noch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Sie sich damals haben dazu hinreißen lassen, von der zuständigen Division, der Division des Herrn Bastian, als von der „Leibstandarte Herbert Wehner“ zu reden. Dies ist nicht nur geschmacklos, sondern macht deutlich, daß Herr Stoiber bei Ihnen kein Einzelfall ist.

(Beifall bei der SPD — Kittelmann [CDU/CSU]: Regen Sie sich doch nicht so künstlich auf!)

Vizepräsident Wurbs: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Haase (Kassel) (CDU/CSU): Herr Minister, ich möchte nicht von der 12. Panzerdivision reden, sondern Sie fragen — nachdem Sie dem Hause eröffnet haben, daß Sie nicht geneigt sind, dem Wunsch des Herrn Bastian Rechnung zu tragen —, in welchem Bereich der Streitkräfte Sie diesen Soldaten in Zukunft zu verwenden gedenken.

(Kittelmann [CDU/CSU]: Kurierdienst!)

Dr. Apel, Bundesminister der Verteidigung: Wie es seinem Dienstgrad — es ist eine B-7-Stellung — angemessen ist. Aber Sie werden verstehen, daß ich nicht bereit und in der Lage bin, nachdem der Vorgang wenige Stunden alt ist, Ihnen hier zu sagen, wo. — Seiner Dienststellung B 7 entsprechend! In jedem Fall werden Sie als Mitglied des Haushaltsausschusses mit mir einverstanden sein, daß wir es uns nicht leisten können und es auch nicht durchgehen lassen, daß Soldaten mit politischen Äußerungen selber bestimmen, wann sie in den Ruhestand treten.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Ich möchte zum Thema kommen. Was hat sich eigentlich — das ist heute morgen in der Debatte für mich viel zu kurz gekommen — in diesem Jahrzehnt, das auch mit „Entspannungspolitik“ überschrieben ist, getan? In diesem Jahrzehnt sind wir in der Lage gewesen, die **Vertragspolitik**, die mit Inhalten besetzt ist — der Abgeordnete Brandt hat darüber gesprochen —, mit einer **Festigung der NATO** zu begleiten. Die NATO ist mit einer tiefgreifenden Krisis behaftet in das letzte Jahrzehnt eingetreten: mit der Ankündigung eines wichtigen amerikanischen Senators, der sogenannten Mansfield-Doktrin, einige zehntausend Soldaten aus Westeuropa abzuziehen. Die NATO war dabei auseinanderzufallen; das kann man wohl ohne Übertreibung sagen.

Wie steht die NATO am Ende dieses Jahrzehnts da? Wir haben eine NATO, die trotz großer Schwierigkeiten in der Lage war, den Beschluß zur Nachrüstung und zum Angebot der Rüstungskontrolle im Bereich der Mittelstreckenwaffen zu fassen, eine NATO, die ihr langfristiges Verteidigungsprogramm zur eigenen Stärkung schrittweise in die Tat umsetzt.

Natürlich spielt in diesem Zusammenhang die **Bundeswehr** eine zentrale Rolle. Trotz aller Demagogik bleibt es dabei: Die soziale Stellung unserer Soldaten hat sich in diesem Jahrzehnt kräftig verbessert. Der Herr Wehrbeauftragte, der heute morgen wiedergewählt worden ist, hat zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, daß der soziale Standard unserer Soldaten ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Es waren zehn Jahre, in denen wir die Bundeswehr mit neuen Waffen für 55 Milliarden DM ausgerüstet haben, in denen wir die Verteidigungsausgaben Jahr für Jahr um real 3 % gesteigert haben.

Ich bin stolz darauf, daß es zu diesem Thema auch Aussagen gibt, die man vorzeigen muß. So hat der inzwischen in den Ruhestand getretene **General Haig** am 15. Dezember 1978 in der Osnabrücker Zeitung folgendes gesagt:

Mich haben die ständig fortschreitende Modernisierung der bundesdeutschen Streitkräfte, das fachliche Können der Führer, die Einsatzbereitschaft und die Disziplin der jungen Soldaten stets beeindruckt. Wie ich in diesen Tagen bereits gegenüber Minister Apel zum Ausdruck gebracht habe, bin ich über die Umstrukturierung des Heeres erfreut. Sie bringt zusätzliche Feuerkraft und Beweglichkeit, vermehrte Kräfte für die Vorverteidigung und eine verbesserte Territorialverteidigung. All dies gibt Anlaß zur Zufriedenheit.

Die „Herald Tribune“ schrieb am 8. Januar dieses Jahres nach der Afghanistan-Invasion — ich zitiere —:

Für die NATO ist es eine der optimistischsten Aussichten für die 80er Jahre, daß sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem Land mit den gefürchtetsten konventionellen Streitkräften in Westeuropa entwickelt. Obwohl er in der Öffentlichkeit wenig Beachtung fand, — diese Faktor revolutioniert die NATO-Strategie.

Sie alle kennen aus dem Weißbuch den **Anteil der Bundeswehr an den Verteidigungsanstrengungen des westlichen Bündnisses**. In Mitteleuropa stellen wir 50 % der Landstreitkräfte, 50 % der bodengebundenen Luftverteidigung, 30 % der Kampfflugzeuge, 70 % der Seestreitkräfte in der Ostsee, 100 % der See-Luft-Streitkräfte in der Ostsee.

Ich sehe also nicht, wo es in dieser Zeit, in einem Jahrzehnt, in dem wir die NATO gestärkt haben, in dem sich die Verteidigungsfähigkeit der NATO erhöht hat, Illusionen gegeben hat. Genau das Gegenteil ist richtig.

Dieses Jahrzehnt war dadurch gekennzeichnet, daß wir die **Vertragspolitik mit Osteuropa und mit der DDR**, die beiden Seiten genutzt hat — sonst wäre es zu diesen Verträgen überhaupt nicht gekommen; das ist ja wohl selbstverständlich —, mit **Verteidigungsanstrengungen** begleitet und untermauert haben, die keineswegs das Ziel hatten, daß von uns jemals ein Krieg ausgehen kann, die aber durchaus mit den Verteidigungsanstrengungen und Verteidigungsausgaben des Warschauer Pakts Schritt gehalten haben.

Ich sage dies mit aller Betonung deswegen, damit unsere Bürger aus dieser Debatte nicht den Eindruck gewinnen, sie müßten um ihre Freiheit, ihre Sicherheit und die weitere Entwicklung unseres Landes fürchten. Wir leben heute sicher, und wir leben im nächsten Jahrzehnt sicher. Denn natürlich werden die Bundesregierung und dieses Parlament weiterhin der Bundeswehr und der NATO das geben, was beide brauchen, um ihren Verteidigungsauftrag zu erfüllen.

Das kontrastiert allerdings mit dem, was wir nicht zuletzt auf dem **Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU** am letzten Wochenende gehört haben: so eine ganze Reihe von Forderungen zur sozialen Besserstellung der Soldaten,

Forderungen, die leere Versprechungen sind. Sie haben bei den Haushaltsberatungen nicht einen einzigen Antrag zu dieser Frage gestellt, weder im Verteidigungsausschuß, noch im Haushaltsausschuß, noch im Deutschen Bundestag. Ich verstehe eigentlich nicht, was Sie mit dieser sozialen Demagogie wollen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Für den Wahlkampf ist die Bundeswehr zu schade.

Aber dieser Kongreß gibt ja weitere schwere Probleme auf. Wenn der Ministerpräsident Bayerns, Strauß, sagt, die NATO habe außerhalb ihres Vertragsgebietes Sicherheitsinteressen, so ist dem sicher zuzustimmen. Ich möchte allerdings diese Formulierung gern etwas ändern. Es sind alle Länder der Welt: die westlichen Industrienationen, die in der OECD zusammengeschlossen sind, wie die Entwicklungsländer, die Interessen weltweit haben. Wenn wir es so definieren, können wir diese Definition hinnehmen.

In der korrigierten Rede des Abgeordneten Wörner lese ich allerdings folgendes:

Wir fordern den Eintritt Spaniens in die NATO.

Was haben wir eigentlich zu fordern? Soll am deutschen Wesen schon wieder mal die Welt genesen?

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Weiter:

Wir fordern die Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration.

Ich sage Ihnen ganz offen: Der Zustand der NATO an der Südflanke und die anhaltenden Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland müssen jeden von uns mit Besorgnis erfüllen. Aber wenn hier Forderungen in dieser unverblühten Weise aufgestellt werden, frage ich mich, um was es hier geht. Werden hier verantwortungsbewußte Argumentation und Politik gemacht, oder werden Aussagen gemacht, die nicht verantwortet werden können?

Ich zitiere weiter:

Für die Aufgabenstellung und die Struktur der NATO müssen

— müssen! —

die Konsequenzen gezogen werden. Die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung muß eine zentrale Aufgabe der NATO sein.

Als wenn dies nicht eine Frage für die gesamte Welt, für die Industrienationen, für die Japaner, für uns alle wären!

Die geographische Begrenzung der NATO muß fallen.

(Kittelmann [CDU/CSU]: Sie sind ein toller Interpretationskünstler!)

— Ich zitiere nur. Ich interpretiere überhaupt nicht. Zu interpretieren haben Sie! Sie haben zu erklären, wie Sie es mit diesen Aussagen halten.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Zuruf des Abg. Dr. Todenhöfer [CDU/CSU])

Sie haben zu erklären, wie Sie dies eigentlich im NATO-Bündnis verantworten wollen, einem Bündnis, das pfleglich behandelt werden muß und das nach den Ereignissen —

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das haben wir gemacht!)

— Ja, sicherlich! Aber nicht durch solche naßforsche Reden, sondern durch eine genaue Debatte.

(Kittelmann [CDU/CSU]: Sie halten im Moment eine naßforsche Rede! — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Wurbs: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Apel, Bundesminister der Verteidigung: Sofort. — Ich möchte Sie gern fragen, wie eigentlich diese Äußerungen „Es muß, und es muß, und es muß“ auf unsere Alliierten und auf die 104 Entwicklungsländer, die mit uns zusammen den sowjetischen Überfall auf Afghanistan verurteilt und den Rückzug der Truppen verlangt haben, wirken müssen. Welche Karte spielen Sie denn eigentlich hier? Haben Sie das alles bis zum Ende durchgedacht? Ich fürchte: nein. Ich hoffe es sogar.

Vizepräsident Wurbs: Bitte, Herr Abgeordneter Mertes.

Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU): Herr Bundesminister, da der Kollege Wörner immer wieder falsch interpretiert wird, möchte ich Sie fragen, ob Sie folgendé wörtlichen Äußerungen des Kollegen Wörner zur Kenntnis genommen haben:

Es geht um eine abgestimmte Gesamtstrategie des Westens als Antwort auf die globale Machtpolitik der UdSSR. Eine solche Strategie muß den Einsatz aller politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und sonstigen Machtmittel umfassen.

Haben Sie auch zur Kenntnis genommen, Herr Kollege Apel, daß wir selbstverständlich für einen Dialog in dieser Frage auch mit der Dritten Welt sind? Ist es nicht so, daß Sie hier einen Popanz gegen den Kollegen Wörner aufbauen?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Apel, Bundesminister der Verteidigung: Es tut mir nun schrecklich leid, Herr Kollege Mertes. Ich finde das sehr gut, daß Sie sich hier in Fraktionsolidarität üben. Ich habe wörtlich aus dem Manuskript zitiert, das der Presse nach dem Sicherheitspolitischen Kongreß Ihrer Partei hier in Bonn im Konrad-Adenauer-Haus übergeben worden ist.

(Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Und eigene Akzente gesetzt!)

Wörtliche Zitate werden von mir verwandt und nichts weiter. Ich finde es verständlich, daß Sie versuchen, zur Maniküre zu greifen; aber Maniküre führt hier nicht weiter. Was hier weiterführt, ist eine klare Aussage und eine Rücknahme dieser ultimativen Forderung, die uns sowohl in der Dritten Welt als auch in der NATO als auch, wie ich denke, anderswo vor zentrale Probleme stellen wird. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Mertes Gerolstein [CDU/CSU]: Noch eine Frage!)

Vizepräsident Wurbs: Herr Bundesminister, gestatten Sie noch eine Frage?

Dr. Apel, Bundesminister der Verteidigung: Ja, bitte.

Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU): Herr Bundesminister, ist Ihnen bekannt, daß die selektive Zitierung von Äußerungen eines Kollegen unter Umständen ein hohes Ausmaß an Unfairness sein kann?

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Dr. Apel, Bundesminister der Verteidigung: Ich habe, hochverehrter Herr Kollege, umfassend zitiert. Wenn Sie wollen, setzen wir uns anschließend zusammen, und Sie schauen sich die Zitate an und beantworten mir die Frage, und Sie können sie gar nicht anders als mit Ja beantworten, daß das, was ich zitiert habe, erstens umfassend und zweitens das Manuskript aus dem Konrad-Adenauer-Haus ist. So ist es und nicht anders.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Es war nicht umfassend! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU — Zurufe von der SPD — Dr. Marx [CDU/CSU]: Was sagen Sie nun zu den einzelnen Fakten, zu den politischen Problemen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen. Der Herr Kollege Strauß hat dazu ja Bemerkungen gemacht, bei denen man im übrigen, wenn man sie auf den Inhalt konzentriert, in der Tat zu dem Ergebnis kommt, daß da wenig Neues drinsteckt — da hat der Kollege Mischnick ja durchaus recht —; aber er hat natürlich den Eindruck erweckt, als sei die Politik der letzten zehn Jahre bedenklich, wenn nicht sogar falsch.

(Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Das war sie ja auch!)

— Nun werden Sie sich, wenn Sie sagen, das war sie auch, wiederum auseinanderzusetzen haben mit dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU, in diesem Falle mit Ihrem Fraktionskollegen Mertes. Ich werde Ihnen einige Zitate vorlesen, und dann werden Sie die Frage zu beantworten haben, ob Herr Mertes recht hat mit seiner Analyse, mit seiner Stellungnahme zu aktueller Politik,

(Zuruf des Abg. Dr. Dregger [CDU/CSU])

oder ob die Polemik recht hat, die Sie draußen im Lande und auch hier im Hause verbreiten.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Der Kollege Strauß hat mir zugestimmt!)

Ich zitiere:

Trotz der ernüchternden Ereignisse in den letzten Wochen muß Begrenzung und Reduzierung der gigantischen Vernichtungspotentiale atomarer Art — vor allem in Europa — auf der Tagesordnung der deutschen und westlichen Friedenspolitik bleiben.

Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Richtig!

Genau dieses ist unsere Politik. Hier gibt es überhaupt nichts weiter, als endlich zumindest von einem Sprecher der Opposition, von Herrn Dr. Mertes, im Gegensatz zu dem, was die CSU oder einzelne —

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das ist ja nicht wahr; das konstruieren Sie ja bloß, Herr Minister! — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Nicht im Gegensatz!)

— Der Kollege hat Ihnen doch indirekt widersprochen; das ist doch ein Zugeständnis, daß unsere Politik stimmt.

(Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Was ich sagte, ist Auffassung der Fraktion!)

Oder nächstes Zitat:

Das wesentliche Angebot zu Ost-West-Verhandlungen über die Begrenzung atomarer Mittelstreckenpotentiale in Europa, das unlöslich verbunden ist mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO, bleibt ohne Wenn und Aber bestehen.

Schließlich ein letztes Zitat:

Nur die Schaffung einer wirklichen Parität auf der Grundlage der Dateneinigung

Sie reden jetzt von MBFR —

und die Absprache kollektiver, also in keiner Form nationaler Höchststärken, sind ein Ergebnis, das die CDU/CSU mit tragen kann.

Wenn Sie mir gestatten, bringe ich noch ein Zitat:

Wenn es auch schwerfällt, das Wort Vertrauensbildung in Europa noch in den Mund zu nehmen, halten wir fest an der Politik der Vertrauensbildung im technischen Sinne des Wortes.

Lassen Sie mich, bevor ich Sie bitte, Ihre Zwischenfrage zu stellen, einen Kommentar anschließen: Ist es nicht so,

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein!)

daß alle diese Schritte, auch der Weg zur KSZE, von Ihnen massiv bekämpft worden sind?

(Zustimmung bei der SPD und der FDP — Zuruf von der SPD: So war es!)

Ist es nicht so, daß Sie vor dieser Politik gewarnt haben, und ist es nicht so, daß Sie auch nach Afghanistan feststellen müssen, daß dies die richtige Politik ist, eine Politik im Interesse des Westens wie der Bundesrepublik Deutschland wie auch des Friedens in der Welt? Haben Sie sich nicht massiv korrigiert, und wollen Sie das nicht endlich zugeben, damit die Scheingefechte aufhören?

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Wurbs: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage? — Bitte.

Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU): Herr Bundesminister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Äußerungen die ich am 12. Januar 1980 auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der CDU gemacht habe, nicht meine persönliche Meinung sind, sondern die Auffassung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, und daß sie vom Bundeskanzlerkandidaten Strauß vor diesem Kongreß öffentlich ausdrücklich bejaht worden sind?

Dr. Apel, Bundesminister der Verteidigung: Dann bin ich allerdings dafür, sehr geehrter Herr Dr. Mertes, daß Sie aufhören, dem deutschen Volke gegenüber den Eindruck zu machen, als gäbe es in der Rüstungskontrollpolitik, bei der Fortsetzung der Entspannungspolitik im militärischen Bereich, einen Unterschied. Dann bin ich dafür, daß Sie der deutschen Öffentlichkeit sagen: Wir haben uns zehn Jahre lang geirrt, und wir passen uns jetzt der Position der Koalition an, weil sie die einzig realistische ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Wurbs: Herr Bundesminister, gestatten Sie noch eine Zusatzfrage? — Bitte.

Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU): Herr Bundesminister, stimmen Sie mir zu, daß der Bundeskanzler vor dem Deutschen Bundestag grob die Unwahrheit gesagt hat,

(Unruhe bei der SPD)

als er am 11. Dezember 1979 erklärte, die CDU/CSU-Fraktion habe gegen alle Verträge gestimmt, die für die Sicherheit und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland grundlegend seien, und trifft es nicht vielmehr zu, daß die SPD gegen die grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen West-Verträge war, sich aber hinterher an sie gehalten hat und daß wir gegen Ihre Ostverträge waren, aber inzwischen — obwohl die beiden Vertragsgruppen nicht miteinander zu vergleichen sind — klar gesagt haben, daß wir uns daran halten, und sind Sie bereit,

(Wehner [SPD]: Das wird immer blödsinniger!)

Das ist doch ein Kasperletheater!)

endlich diesen törichten Streit aufzugeben?

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Dr. Apel, Bundesminister der Verteidigung: Herr Mertes, das Problem der Opposition ist ein doppeltes, erstens das, ununterbrochen die Schlachten von anno dunnemals, von vor 20 Jahren, zu schlagen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das tun Sie doch!)

— Nein, ich rede über heute und nehme zur Kenntnis, daß Sie sich heute unserer Politik anschließen, weil Sie keine Alternative haben. Dies ist es!

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Unglaublich! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Ach du lieber Gott!)

Zum zweiten kann ja wohl nicht bestritten werden, daß diese Politik, die mit den Abkürzungen „MBFR“ und

„KSZE“ umschrieben ist, unsere Politik ist und daß Sie von Ihnen aufs schärfste bekämpft worden ist.

(Beifall bei der SPD — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Herr Bundesminister, das ist nicht wahr! Sie vermischen zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben! Sie sagen die Unwahrheit, genau wie der Bundeskanzler! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Nicht nur einmal, mehrfach!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, der in diesen Zusammenhang hineingehört. Die heutige krisenhafte Zuspitzung in der Weltpolitik, die uns alle mit großen Sorgen erfüllt, und die Probleme, die aus ihr erwachsen, können sicherlich nicht mit den Ereignissen des August 1968, mit dem **Einmarsch der Sowjets** und ihrer Verbündeten in die **CSSR**, verglichen werden. Unser Problem ist sicherlich ein anderes, weil sich zwei internationale Krisen, die afghanische und die iranische, miteinander verbinden und uns vor große Probleme stellen können. Dennoch waren die Ereignisse vor elf oder nun bald zwölf Jahren Ereignisse, die uns alle zutiefst erschüttert

(Zuruf von der CDU/CSU: Und heute?)

und die genau die gleichen Fragen aufgeworfen haben. Es ist deswegen durchaus angemessen, heute, bei einer Krise, die uns betrifft, auch auf das zurückzublicken, was Politiker damals gesagt haben.

Ich habe das getan. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß der damalige Bundeskanzler Kiesinger auf die Frage „Glauben Sie nicht, daß nun durch die Ereignisse in der CSSR auch grundsätzlich Voraussetzungen für diese Entspannungspolitik verändert, wenn nicht verhindert oder weggenommen worden sind?“ geantwortet hat:

Es gibt keine grundsätzliche prinzipielle Änderung. Es kann sie gar nicht geben. Es gibt für die europäische Politik nur den einen Weg, bei aller Erkenntnis der Realitäten und auch bei Rückschlägen dabei zu bleiben, nach einer Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit in diesem Erdteil zu streben. Wir werden eben auch diesen Rückschlag mit den Mitteln überwinden müssen, die uns zur Verfügung stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt ja nicht, daß wir damals und heute das, mit dem wir konfrontiert sind, verniedlichen. Das heißt überhaupt nicht, daß wir uns nicht tief besorgt über den Ernst der Situation zeigen. Es wird durch dieses Zitat und durch die heutige Politik nur deutlich, daß es uns aufgegeben ist, den Weg, den wir gegangen sind,

(Zuruf von der CDU/CSU: Leider!)

den Weg einer **Politik des Ausgleichs** hier in Europa und einer Politik, die allen nützt, fortzugehen.

Wenn der Ministerpräsident Strauß davon gesprochen hat, daß die deutsche Option nicht aufgegeben werden darf, dann kann ich dem ausdrücklich zustimmen. Deutsche Option nicht aufzugeben, heißt aber, Vertragspolitik fortzusetzen, heißt doch, diesen Weg ohne Illusionen weiterzugehen, gestützt auf die Solidarität des Westens, die Solidarität der NATO und auch die Solidarität der EG.

Ein Wort zur **Europäischen Gemeinschaft**. Auch die war am Beginn dieses Jahrzehnts in einer schwierigen Phase. Wir alle erinnern uns noch an die Europapolitik Frankreichs Anfang und Mitte der 60er Jahre, die 1964/65 zur Politik des leeren Stuhls geführt hat. Wir sind auch hier ein ganzes Stück weitergekommen. Die Solidarität der EG bewährt sich gerade in diesen Tagen in einem Konflikt, der nicht vor unserer Haustür liegt, aber direkt in unsere Situation hineinwirkt.

Der Parteivorsitzende der SPD hat bereits auf unser sicher-

heitspolitisches Papier, auf den Beschluß der SPD-Bundesparteitages hingewiesen, Herr Präsident, ich möchte noch einmal auf dieses Papier zurückkommen, weil mir in diesem Zusammenhang eine andere Passage von zentraler Bedeutung ist, die auch deutlich macht, wie wir weltweit Sicherheits- und Entspannungspolitik sehen. Hier heißt es:

Für diese Sicherheitspolitik sind folgende Tatsachen bestimmend: die politische und militärische Einbindung unserer Sicherheitspolitik in die Nordatlantische Allianz und die Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft, die besondere Lage des geteilten Deutschlands, wo sich zwei hochgerüstete Bündnisse gegenüberstehen, die exponierte Stellung Berlins und die Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes und Berlin, der Verzicht auf atomare, biologische und chemische Waffen, unsere Abhängigkeit von äußeren Energiequellen und Rohstoffeinfuhren sowie von Absatzmärkten.

Gerade diese Überlegung schließt sich nahtlos an die folgende an:

Friedenspolitik geht über die Ost-West-Beziehungen hinaus. Regionale Konflikte und machtpolitische Veränderungen außerhalb Europas können in zunehmendem Maße gefährlich auf unseren Kontinent zurückwirken. Genau das ist das Problem, vor das wir gestellt sind. Hier

Hans-Jürgen Wischniewski, Stellvertretender Vorsitzender der SPD:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Marx, ich werde auf einen Teil Ihrer Rede im Lauf meiner Ausführungen zurückkommen. Ich möchte nur schon sagen: Sie sollten bitte den chinesischen Ministerpräsidenten nicht in dieser Weise für sich in Anspruch zu nehmen versuchen. Ich will auch sagen, warum. Ich habe mit ihm ein sehr langes Gespräch gehabt.

(Zuruf des Abg. Dr. Marx [CDU/CSU])

Am Schluß dieses Gesprächs hat er gesagt: Er sei zum ersten Mal in seinem Leben in einem Land gewesen, in dem es so was gibt wie West-Berlin, wie Luftkorridore

(Kittelmann [CDU/CSU]: Deshalb durfte er nicht hin!)

und wie Transitstraßen. Deshalb könne er, hat er gesagt, unsere Politik jetzt sehr viel besser verstehen, als es vorher der Fall gewesen sei. Vielleicht können Sie von ihm lernen, Herr Kollege Marx.

(Beifall bei der SPD — Dr. Marx [CDU/CSU]: Ich denke, Sie sollten ihn nicht in dieser Weise für sich in Anspruch nehmen! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das war weder fair noch gut! — Dr. Marx [CDU/CSU]: Das werden Sie noch bereuen!)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesem Stadium der Debatte sehe ich, daß wir in einigen Punkten, soweit ich sie beurteile, übereinstimmen, in einigen, in vielen Punkten aber nicht übereinstimmen. Deshalb möchte ich das hier deutlich herausstellen.

Ich glaube, wir alle in diesem Hause sind uns einig in der **Verurteilung der Sowjetunion** wegen der militärischen Besetzung Afghanistans. Wir sind uns zweitens sicher alle einig in der Feststellung, daß das **Bündnis** für unsere Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist, und drittens, daß gerade in dieser Stunde die **Vereinigten Staaten** mit Recht unsere volle **Solidarität** erwarten können.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Möglichst konkret!)

ist ein neues Datum geschaffen worden. Hier kommt es für uns darauf an, in einer Arbeitsteilung mit unseren Alliierten das zu erledigen, wozu wir aufgerufen sind: der Türkei zu helfen, Griechenland zu helfen, anderen NATO-Mitgliedstaaten wie bisher mit Ausrüstungshilfe zu helfen — über eine Milliarde D-Mark in den letzten Jahren. Es kommt weiter darauf an, daß wir wachsam bleiben, wo unser Interesse liegt. Wir sind keine Weltmacht. Wir erfüllen hier in Europa unseren Auftrag. Unser Beitrag ist die Bundeswehr. Auf diese Bundeswehr können wir stolz sein. Es bleibt für uns bestehen, daß Rüstungskontrollpolitik als der militärische Teil der Entspannungspolitik von beiden Seiten Gleichzeitigkeit, Gleichwertigkeit und Kontrollierbarkeit der Aktionen verlangt. Wenn wir uns auf diese Politik zurückbesinnen und in fester Solidarität mit den USA und unseren westlichen Nachbarn bleiben, dann gibt es keinen Grund, aus der gegenwärtigen Krise, die unser Volk sicherlich mit tiefen Besorgnissen erfüllt, Konsequenzen zu ziehen, die unser Volk in Angst und Schrecken jagen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir leben sicher, wir leben weiterhin sicher. Diese Regierung wird mit Gelassenheit und Besonnenheit ihre bisherige Politik fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Es gibt aber eine Reihe von Punkten, in denen wir nicht übereinstimmen, und ich möchte diese, nachdem ich die übereinstimmenden Punkte genannt habe, sehr intensiv behandeln.

Das erste, was die Opposition nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan getan hat, war, daß sie tagelang auf die Bundesregierung geschimpft hat. Darin kann ich allerdings keine Logik sehen: wenn eine andere Armee in ein anderes Land einmarschiert, in dieser Weise mit der Bundesregierung umzugehen, wie das in den letzten Wochen der Fall gewesen ist;

(Beifall bei der SPD)

da fehlt die nationale Würde, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU)

— Sie müssen sich mal durchlesen, was bei dieser Gelegenheit gesagt worden ist.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Was meinen Sie denn hier? Sprechen Sie nicht in so allgemeiner Form!)

— Gucken Sie sich Ihre Kongreßpapiere an! Ich kann Ihnen sehr genaue Formulierungen sagen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Opposition wird verboten!)

Das zweite, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir stimmen nicht überein in wesentlichen Punkten der **Entspannungspolitik**. Deshalb muß ich dazu einiges sagen. Heute ist das nicht ganz so deutlich zum Ausdruck gekommen wie z. B. auf Ihrem Sicherheitskongreß und wie in einer Reihe von Beiträgen, die es vorher gegeben hat.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Heute hat es mehr Zurückhaltung gegeben, und ich werde Ihnen zum Schluß auch sehr genau sagen, warum das heute so gewesen ist. Die Blitzumfrage, von der der Herr Kollege Strauß vorhin gesprochen hat, habe ich mir in der Zwischenzeit besorgt. Ich werde Sie genau über den Inhalt informieren, und Sie werden sehr überrascht sein.

Wenn wir in die Geschichte der Bundesrepublik zurückschauen, sehen wir, daß es während der ersten 20 Jahre zu einem erheblichen Teil eine Zeit des Kalten Krieges

gegeben hat. Ich sage nicht, daß diejenigen, die in der Bundesrepublik Verantwortung hatten, dafür die Verantwortung zu tragen haben.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Da wäre auch noch schöner!)

Ich will ein paar Daten nennen, die zeigen, wovon diese ersten 20 Jahre geprägt waren. 20. Juni 1948 bis 12. Mai 1949: Berlin-Blockade mit Luftbrücke. 30. Juni 1952: die DDR baut eine Sperrzone an der Demarkationslinie. 17. Juni 1963: Volksaufstand in Ost-Berlin. 11. Dezember 1957: Durch Änderung des Paßgesetzes der DDR wird jedes unerlaubte Verlassen des anderen Teils Deutschlands unter Strafe gestellt. 10. November 1958: Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow fordert in einer Rede in Moskau, die Westmächte sollten auf die Reste des Besatzungsregimes in Berlin verzichten. 27. November 1958, das Berlin-Ultimatum: Die UdSSR fordert die Westmächte ultimativ zum Abzug aus Berlin binnen sechs Monaten auf. 29. August 1960: Die DDR erläßt Beschränkungen für den Verkehr zwischen West- und Ost-Berlin. 30. September 1960: Die Bundesregierung kündigt wegen der Beschränkung im innerdeutschen Reiseverkehr das Interzonenhandelsabkommen auf. 13. August 1961: Bau der Berliner Mauer.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das ist bekannt!)

23. August 1961: An der Sektorengrenze gehen amerikanische Panzer in Stellung.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Es ist bekannt!)

15. Februar bis 6. April 1962: Die drei Westmächte protestieren gegen sowjetische Störungen von Flügen im Luftkorridor nach Berlin und bestehen auf ihren Benutzungsrechten.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Ist bekannt!)

10. Oktober bis 16. Oktober 1963: Amerikanische und britische Militärkonvois werden auf der Fahrt nach Berlin angehalten. 14. Dezember 1966: Zum erstenmal seit 1963 gibt es in Berlin keine Passierscheine zu Weihnachten. 28. Februar 1968: Schwere Störungen des Verkehrs auf den Transitstraßen.

(Dr. Becher [Pullach] [CDU/CSU]: Die Geheimverhandlungen haben Sie vergessen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich dies hier aufzeige, dann, um Ihnen zu sagen, warum in unserem Interesse und in Übereinstimmung mit unseren Verbündeten eine Entspannungspolitik so, wie wir sie betrieben haben, zwingend notwendig gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Dr. Hupka [CDU/CSU]: Es wird doch weiterhin geschossen! Der Schießbefehl gilt doch immer noch! — Dr. Althammer [CDU/CSU]: Setzen Sie das Register doch bis jetzt fort! Sie können das doch fortsetzen!)

Dann, wenn Sie sich die nächsten zehn Jahre anschauen;

(Dr. Hupka [CDU/CSU]: Es wird weitergeschossen!)

in denen wir uns darum bemüht haben, Schritt für Schritt
(Zuruf von der CDU/CSU: Zurück!)

Verbesserungen zu erreichen, werden Sie feststellen, daß wir in dieser Zeit nicht ein einziges dieser schrecklichen Ereignisse zu verzeichnen haben. Ich sage noch einmal: Ich mache das denjenigen, die hier in den 20 Jahren vorher regiert haben, nicht zum Vorwurf. Ich sage nur, warum es notwendig war, eine solche Politik zu betreiben.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Hinter dem Rücken der Alliierten! — Dr. Hupka [CDU/CSU]: Der Schießbefehl gilt immer noch!)

Was haben wir getan? Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben mit der Sowjetunion **Gewaltverzicht** vereinbart. Ich hoffe, daß niemand von Ihnen gegen Gewaltverzicht ist.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Und Afghanistan?

— Dr. Hupka [CDU/CSU]: Was soll denn das? —

Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Was ist in Afghanistan? — Ist das auch Gewaltverzicht?)

— Sehen Sie, das ist eben der große Unterschied; darauf komme ich jetzt: Eben deshalb, weil wir diese Politik auf der Basis des Bündnisses, in Abstimmung mit den Verbündeten, als unseren entscheidenden Beitrag für Europa, wie es in den Verträgen heißt, verwirklicht haben, haben wir es nicht mit dem zu tun, was Sie gerne wollen.

(Abg. Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Nein, ich möchte meinen Beitrag zu Ende führen. Herr Kollege Mertes, ich komme sowieso noch mehrere Male auf Sie zurück.

(Kittelmann [CDU/CSU]: Reden Sie einmal über Afghanistan!)

Wir haben dann am 3. September 1971 nach dem **Vertrag mit der Volksrepublik Polen** im Rahmen dieser Politik das **Viermächteabkommen** erreichen können, und niemand wird bestreiten können, daß seit diesem Zeitpunkt die Situation um und in Berlin besser ist als zu jedem anderen Zeitpunkt.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben am 21. September 1972 den **Grundlagenvertrag mit der DDR** abgeschlossen, und wir haben im Jahre 1973 **diplomatische Beziehungen zu Bulgarien und Ungarn** aufgenommen — auch deshalb, damit die CSU-Fraktion und der bayerische Ministerpräsident nach Budapest fahren konnten.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Ja, diplomatische Beziehungen, nachdem die durften, nachdem die Sowjetunion es erlaubt hatte!)

um dort ihre Gespräche führen zu können.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Wir sind schon vorher dort gewesen! Das wissen Sie doch! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir lag daran, den Unterschied von 20 Jahren zu den letzten zehn Jahren aufzuzeigen. Ich meine, wir haben Anlaß, an dieser Politik festzuhalten. Ich sage das, weil hier über Entspannungspolitik gesprochen worden ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das war dialektisch und falsch!)

Wir können zweitens mit Ihnen in vielen Punkten nicht übereinstimmen, so in dem, was sie in bezug auf die Ausweitung des Bündnisses sagen. Ich zitiere jetzt den Deutschland-Union-Dienst der CDU, weil hier wohl Mißverständnisse entstanden sind, wörtlich. In der Ausgabe vom 15. Januar 1980 wird „die **Ausdehnung des Schutzbereiches der NATO nach Süden**“ gefordert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine wörtliche und eindeutige Formulierung. Ich sage Ihnen: Eine solche Politik tragen wir nicht mit. Sie ist lebensgefährlich für das Bündnis. Sie kann das Bündnis auseinandersprennen. Haben Sie eigentlich, bevor Sie etwas Derartiges in die Welt gesetzt haben, einmal die anderen Bündnispartner gefragt, die Norweger, die Dänen, die Isländer, die Niederländer, die Belgier, die Italiener, die Portugiesen, von den Fran-

zosen gar nicht zu sprechen, was sie von solchen Überlegungen halten?

(Kittelmann [CDU/CSU]: Sie dramatisieren!)

Ich sage noch einmal: Dieses ist der Originaltext, und ich hoffe, daß es in dieser Frage nun keinen Streit über Texte mehr geben kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all das, was Sie uns bisher über die **Dritte Welt** gesagt haben — darüber ist heute viel geredet worden —, ist für uns kein Anlaß, unsere Haltung zu ändern. Ich will Ihnen ein sehr konkretes Beispiel geben. Sie haben uns hier in diesem Saale hart kritisiert, sogar in sehr unverschämter Weise, weil wir **Somalia Entwicklungshilfe** geleistet haben. Schlagzeilen haben Sie damit gemacht. Wir haben uns von Ihrer Haltung nicht beeinflussen lassen. Wir haben vielmehr konsequent das weitergeführt, was wir für richtig gehalten haben. Sie haben uns unterstellt, wir wollten in Somalia den Kommunismus unterstützen. Ich sehe heute noch die Schlagzeile, die einer Ihrer Kollegen gemacht hat. Dies hat uns Gott sei Dank nicht davon abhalten können, die Politik der Bundesregierung in dieser Frage weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, was in Mogadischu gewesen wäre, wenn wir Ihre Ratschläge befolgt hätten und von heute auf morgen jede Hilfe abgezogen hätten.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Lesen Sie mal die Texte genau!)

Am Tage nach Mogadischu hat der heutige bayerische Ministerpräsident von diesem Platz aus verlangt, nun müßten selbstverständlich sofort Waffen an Somalia geliefert werden. Das war von einem Tag auf den anderen eine völlige Änderung.

Der Kollege, der uns damals wegen unserer Haltung so beschimpft hat — Sie wissen schon, wer es ist —, war in der Zwischenzeit dort und hat dann gesagt, die Bundesregierung müsse selbstverständlich in Somalia viel mehr tun. Ich darf nur daran erinnern, der Ministerpräsident und die Regierung sind in jenem Lande immer noch die gleichen wie zu der Zeit, als Sie von uns verlangt haben, daß wir jegliche Entwicklungshilfe an dieses Land von heute auf morgen einstellen. Dieses ist ein praktisches Beispiel dafür, was herauskommen würde, wenn wir uns an solche Ratschläge hielten.

Vizepräsident Leber: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Todenhöfer, Herr Kollege Wischniewski? (Liedtke [SPD]: Er bekennt sich!)

Wischniewski (SPD): Gerne.

Vizepräsident Leber: Bitte sehr.

Dr. Todenhöfer (CDU/CSU): Herr Staatsminister, gestatten Sie eine etwas längere Zwischenfrage?

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist doch kein Staatsminister!)

— Außer Dienst.

Wischniewski (SPD): Nein. Bitte kurzfassen.

Dr. Todenhöfer (CDU/CSU): Herr Staatsminister außer Dienst, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir, als wir im Entwicklungsausschuß und im Haushaltsausschuß eine vorläufige Sperre für einige prosowjetische Entwicklungsländer forderten, dies wie folgt begründeten: Erstens. Entwicklungshilfe an Entwicklungsländer, die sich in die sowjetische Globalstrategie einordnen, ist grundsätzlich problematisch.

Zweitens. Dann, wenn eine Kurskorrektur bei diesen Entwicklungsländern erkennbar ist oder wenn gleichwertige außenpolitische Gegenleistungen erbracht werden, ist Entwicklungshilfe möglich.

Herr Wischniewski, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Kurskorrektur Somalias auf Grund einer veränderten Politik der Sowjetunion am Horn von Afrika längst vor „Mogadischu“ eingetreten ist und wir deswegen bereits vor Mogadischu eine völlig geänderte Haltung gegenüber Somalia empfohlen hatten?

Vizepräsident Leber: Herr Kollege, Sie dürfen hier nicht mehrere Reden in Frageform kleiden, sondern Sie haben das Recht, eine Frage zu stellen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wischniewski (SPD): Herr Kollege Todenhöfer, ich möchte Ihnen folgendes sagen: Erstens. Das, was Sie damals von uns verlangt haben, war unverantwortlich.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Dann lesen Sie doch mal die Texte Herr Wischniewski! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Keine Antwort!)

Zweitens. Wenn Sie glauben, es ginge, in der Dritten Welt mit dem Zirkel jeden Tag eine andere Politik zu machen, kann ich Ihnen nur sagen, es fehlt Ihnen jedes Gespür für die Probleme der Dritten Welt. So geht es nicht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Da muß man bereit sein, langfristig zu denken. Da muß man auch mal bereit sein, eine Zeitphase hinzunehmen, wo die Beziehungen aus dem einen oder anderen Grund ein wenig belastet sind.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Sie weichen aus!)

Sie erinnern mich an die afrikanischen Staaten, die immer gesagt haben: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, diplomatische Beziehungen abbrechen, wiederherstellen.

Diese unsere Politik ist eine langfristig abgestimmte und nicht eine hektische Tagespolitik, wie sie bei Ihnen aus zwei Gründen betrieben wird: einmal um Schlagzeilen in der Presse zu machen

(Dr. Schäfer [Tübingen] [SPD]: Sehr gut!)

und zweitens um Politik gegenüber der Dritten Welt erster Linie zu einem Schlagstock der innenpolitischen Auseinandersetzungen machen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Dieses, Herr Todenhöfer, ist Ihnen wichtiger als alles andere.

Nun möchte ich gerne meinen Beitrag zu Ende führen.

Vizepräsident Leber: Erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

Wischniewski (SPD): Keine Zwischenfrage mehr.

(Dr. Todenhöfer [CDU/CSU]: Das ist miserabler politischer Stil! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben so schwach auf ihn geantwortet!)

Ich spreche noch einmal das Verhältnis zur Dritten Welt an — und da bleibe ich bei Ihnen —, wo Sie uns Ratschläge geben, die mitzumachen wir nicht bereit sind. Sie haben uns zur Freundschaft mit der **südafrikanischen Republik** aufgefordert. Ich sage Ihnen hier: Wir sind zur Freundschaft mit der südafrikanischen Republik bereit, zu einer Freundschaft mit einer südafrikanischen Republik, in der die Menschenwürde geachtet wird, in der es keinen Rassismus gibt, in der Geistliche nicht deshalb ausgewie-

sen werden, weil sie sich für die schwarze Bevölkerung einsetzen.

(Kittelmann [CDU/CSU]: Was hat das mit Afghanistan zu tun?)

— Weil es dabei um das Verhältnis zur Dritten Welt geht. Ministerpräsident Strauß hat hier über Angola und alle diese Fragen gesprochen. Deshalb ist es notwendig, dazu ein Wort zu sagen.

Zu dem, was Herr Strauß in diesem Zusammenhang gesagt hat, möchte ich folgendes sagen: Wie er können wir in gar keiner Weise billigen, daß kubanische Truppen, sowjetische Truppen und insbesondere Truppen der DDR in Angola, in Mozambique, Äthiopien und im Südjemen sind — um jetzt einmal dabei zu bleiben.

Ich kann nicht wie er beurteilen; wer in **Angola** die Mehrheit hätte, Herr Neto — verstorben und in der Zwischenzeit ersetzt — oder Herr Savimbi: Eine Wahl hat ja nie stattgefunden. Wer aber über Angola spricht, muß bereit sein, ein bißchen weiter zurückzudenken. Neto war in der westlichen Welt — ich habe mich vorhin bemüht, den bayerischen Ministerpräsidenten darüber zu informieren — und hat hier vor Jahren, als sein Land noch eine portugiesische Kolonie war, an die Pforte geklopft, auch in der Bundesrepublik, und hat um Unterstützung gebeten. Er hat sie nicht erhalten. Er hat sich erst Jahre später dann an andere gewandt, die ihm geholfen haben. Wir dürfen für die Zukunft nicht vergessen — auch wegen anderer Ergebnisse —, daß dies in ganz entscheidendem Maße dazu geführt hat, daß eine derartige Situation entstanden ist.

Im übrigen sollten wir bitte auch daran denken: In Mozambique ist es ähnlich gewesen. Der erste Präsident der Vereinten Nationen. Seine Frau war eine Amerikanerin. Er war auch hier in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern und hat um Unterstützung für die Unabhängigkeit dieses Landes gebeten. Sie ist ihm damals verweigert worden. Man hat sich dann an andere Adressen gewandt und dort die Unterstützung erhalten. Ich sage das nicht mit dem Tone des Vorwurfs, sondern mit der Bitte an uns alle, aus einer derartigen Entwicklung zu lernen.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Entwicklung in dieser Region betrachtet, muß folgendes sehen. Natürlich hat es auch in anderer Hinsicht entscheidende **politische Veränderungen** gegeben. In **Ägypten** ist eine entscheidende politische Veränderung eingetreten. Im **Irak** ist eine politische Veränderung eingetreten. Über **Somalia** haben wir bereits geredet. Das gilt in ähnlicher Weise auch für **Çonakry**, d. h. für **Guinea**. Mir liegt daran, daß in diesem Zusammenhang zu sagen.

Dann stimmen wir nicht in der Beurteilung der **Vereinten Nationen** überein. Vielleicht können wir in der Zukunft übereinstimmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben in den letzten Jahren viele harte Urteile über die Vereinten Nationen gesprochen. Einer, der heute hier geredet hat, hat von der Quasselbude der Vereinten Nationen gesprochen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wir haben auch unsere Probleme damit gehabt, und uns hat auch nicht alles gefallen, aber wir — die Bundesregierung mit ihrem Botschafter dort, der seine Arbeit hervorragend macht — haben uns bemüht, konstruktive Beiträge zu leisten.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das ist doch nicht die Wahrheit! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Wenn Sie jetzt so reagieren, muß ich sagen: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir unsere Stimme gegen die Sowjetunion ja gar nicht abgeben können; denn dann wären wir bis heute noch nicht Mitglied der Vereinten Nationen, um das einmal in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Kittelmann [CDU/CSU]: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wären wir gar nicht in der NATO! — Dr. Möller [CDU/CSU]: Darauf weiß er jetzt keine Antwort mehr!)

Das nächste Problem — Herr Kollege Mertes, hier spreche ich Sie an —: Mir ist nicht ganz klar, welche Auffassung bei Ihnen gilt. Der bayerische Ministerpräsident hat nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan ausdrücklich seine Bereitschaft erklärt, nach Moskau zu reisen. Sie haben aber vor einigen Tagen den Bundeskanzler und den Vizekanzler aufgefordert, nicht **nach Moskau zu reisen**. Ich gewinne den Eindruck: Schmidt und Genscher sollen nicht reisen, Strauß reist, dann aber offensichtlich als eine der von Ihnen vorgesehenen Strafaktionen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ob die Sowjetunion das genauso auffaßt, möchte ich bezweifeln.

(Straßmeier [CDU/CSU]: Kasperletheater!)

Ich möchte ein grundsätzliches Wort dazu sagen, Direkte Kontakte und Gespräche in normalen Zeiten sind nichts Besonderes; aber wenn es besonders schwierige Probleme gibt, ist es für Politiker und für die Politik in der Tat die Aufgabe, solche Gespräche zu führen. Wenn es dem Frieden dient, muß auch dann geredet werden, wenn es viele Menschen in unserem Land zu diesem Zeitpunkt vielleicht noch nicht verstehen sollten.

Herr Kollege Mertes, Sie sind auch dafür eingetreten, daß eine **Zusammenkunft zwischen dem Bundeskanzler und dem Staatsratsvorsitzenden der DDR** nicht stattfindet. Ich freue mich, daß der Bundeskanzler dazu ein ganz deutliches Wort gesagt hat. Ich freue mich, daß ich gestern Abend die Gelegenheit gehabt habe, zu erfahren, wie viele Menschen in der DDR über diese Frage denken, die keine Parteifunktionäre sind, die aber sehr an dem Problem des Friedens hier in Mitteleuropa und an dem Verhältnis der beiden Staaten zueinander interessiert sind. Sie wollen, daß diese Zusammenkunft stattfindet, und wir wollen es auch; denn die Gespräche, die geführt werden sollen, sollen im Interesse der Menschen hüben und drüben geführt werden. So etwas soll wegen Afghanistan nicht auf die Seite geschoben, sondern muß gerade jetzt weitergeführt werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Leber: Erlauben Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege Wischniewski?

Wischniewski (SPD): Ja.

Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU): Herr Kollege Wischniewski, haben Sie meine Aussage zur Kenntnis genommen, daß der innerdeutsche Dialog nicht abreißen darf, daß dafür aber die Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin derzeit volllauf genügen?

(Dr. Möller [CDU/CSU]: Soweit hat er nicht gelesen!)

Wischniewski (SPD): Ich habe das sehr genau gelesen. Es war ein sehr umfangreicher Fragenkatalog, der als Reaktion in Ihrem Pressedienst erschien. Nicht zu jeder Zeit reicht ein solcher Kontakt aus. Ganz im Gegenteil: Von

Zeit zu Zeit ist es gerade in einer besonders schwierigen Zeit notwendig, daß der Bundeskanzler und der Staatsratsvorsitzende einen direkten und persönlichen Kontakt miteinander haben, um auf diese Art und Weise auf beiden Seiten darum bemüht zu sein, daß die Politik im Interesse der Menschen hüben wie drüben fortgesetzt werden kann. Ich hoffe, Sie werden auch daran interessiert sein, daß weitere Anstrengungen gemacht werden, um diese Politik fortzusetzen.

Ich möchte unsere Haltung in einigen wenigen Punkten zusammenfassen. Erstens. Wir verurteilen den sowjetischen militärischen Einmarsch in **Afghanistan**. Er gefährdet den Frieden in dieser Region. Wir fordern die Sowjetunion auf, die Truppen aus Afghanistan abzuziehen im Interesse der Erhaltung des Friedens in dieser Region und im Interesse der Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts der Menschen in diesem Lande.

Zweitens. Die Grundlage unserer Sicherheit ist das Bündnis. Dieses **Bündnis** hat u. a. die Aufgabe, für das notwendige militärische Gleichgewicht Sorge zu tragen. Wir leisten in diesem Bündnis unseren gewichtigen Beitrag. Wir werden dem Bündnis das geben, was im Interesse unserer Sicherheit und der Sicherheit unserer Verbündeten notwendig ist.

Drittens. Wir stehen solidarisch an der Seite der **Vereinigten Staaten**. Die Vereinigten Staaten können sich auf uns verlassen.

Viertens. Wir fordern die Verantwortlichen im **Iran** auf, die völkerrechtswidrig und wider alle Menschenrechte festgehaltenen **Geiseln** freizulassen. Wir sagen ihnen dazu: Was ihr dort tut, steht auch im Widerspruch zu eurer Religion und im Widerspruch zum Koran. Es geht dabei nicht nur um das Verhältnis des Irans zu den Vereinigten Staaten, sondern es geht auch um das Verhältnis des Irans zum größten Teil der Länder der Welt überhaupt.

Fünftens. Wir bitten die Bundesregierung ganz dringend, an ihrer bisherigen Haltung in bezug auf **Salt II** und **Salt III** festzuhalten. Das Verhandlungsangebot des Bündnisses muß aufrechterhalten bleiben; die Wiener Verhandlungen müssen fortgesetzt werden. Die zweite Nachfolgekonferenz der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Madrid muß vorbereitet werden und soll stattfinden.

Sechstens. Wir bitten die Bundesregierung dringend, das für die **Menschen in beiden deutschen Staaten** Erreichte zu verteidigen und mitzuhelfen, daß von dem bisher Erreichten nichts verlorengeht, sondern daß weiter daran gearbeitet werden kann. In diesen Tagen haben die Deutschen in beiden deutschen Staaten nahezu die gleichen

Egon Bahr, Bundesgeschäftsführer der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Amrehn, wenn Sie eine klare politische Linie, Sprache, Haltung, ein klares Programm wollen,

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Wenden Sie sich an Egon Bahr!)

dann hätten Sie nur die Regierungserklärung zu lesen oder zu hören brauchen. Dann hätten Sie alles gefunden, zumal sich das, was dort gesagt worden ist, in Übereinstimmung mit dem befindet, was unsere Bündnispartner für richtig halten.

(Zustimmung bei der SPD)

Überlegungen. In beiden deutschen Staaten haben die Menschen tiefe Sorge um die weitere Entwicklung. Sie haben aber auch die Sorge, daß das bisher Erreichte in dieser Situation verlorengehen kann. Wir bitten die Bundesregierung, alle Anstrengungen zu machen, daß von dem bisher Erreichten nichts verlorengeht,

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Durch wen kann es verlorengehen?)

sondern daß — ganz im Gegenteil! — weiter daran gearbeitet wird, die menschlichen **Kontakte** weiter zu verbessern.

Siebtens. Wir werden überall, wo wir die Chance haben, die **Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt** politisch und ökonomisch fördern. Aber wir wollen nicht Weltpolizei, insbesondere in der Dritten Welt, sein.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Wer will das denn überhaupt?)

Wir wollen eine weitere und stärkere Unterstützung unseres NATO-Partners in der Türkei. Wir wollen eine zusätzliche Unterstützung Pakistans. Wir hoffen, daß die politischen und entwicklungspolitischen Beziehungen mit einem so wichtigen Partner wie Indien nicht nur erhalten bleiben, sondern auch weiter ausgebaut werden können. Wir möchten die Absichten der Europäischen Gemeinschaft, in ein besonders enges Verhältnis zu den Golf-Staaten einzutreten, ausdrücklich unterstützen. — In diesen Punkten, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich unsere Politik gern zusammengefaßt wissen.

Nun hat der Kollege Strauß vorhin über eine **Blitzumfrage** gesprochen. Ich habe sie mir in der Zwischenzeit besorgt. Ich möchte Sie mit der Frage vertraut machen, die für mich von ganz entscheidender Bedeutung ist. Die Frage lautet wörtlich wie folgt:

Und wenn es heißt: Die Europäischen Länder, vor allem die Bundesrepublik, sollen auf jeden Fall die Entspannungspolitik fortsetzen, stimmen Sie da zu oder nicht zu?

Das Ergebnis ist folgendes: Der Fortsetzung der Entspannungspolitik, insbesondere in Europa und durch die Bundesrepublik, stimmen 78 % zu, 11 % stimmen ihr nicht zu, und 11 % sind unentschieden. Wenn das nach Regierungsanhängern und Oppositionsanhängern aufgeteilt wird, dann beträgt die Zustimmung bei den Regierungsanhängern 90 % und bei Ihren Anhängern 70 %. Da hier vorhin durch den Herrn Bayerischen Ministerpräsidenten nur ein Teil der Blitzumfrage mitgeteilt wurde, lag mir daran, Sie auch über den anderen Teil zu informieren. Ich hoffe, daß dieser Wunsch der Menschen in unserem Lande von allen Seiten dieses Hauses unterstützt wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe den Eindruck, daß Sie auf der einen Seite von dem Ernst der Lage sprechen, daß es auf der anderen Seite aber eine ganze Reihe von Beiträgen von Ihnen gibt, die diesem Ernst der Lage heute nicht gerecht geworden sind.

(Dr. Corterier [SPD]: Sehr wahr!)

Es kann natürlich nicht bestritten werden, daß die Politik der Entspannung durch die sowjetische Intervention in Afghanistan einen schweren Rückschlag erlitten hat. Was ich sagen kann, ist, welche Folgen dieses Ereignis für meinen Willen und für den **Willen der Bundesregierung** in bezug auf die **Ostpolitik** haben wird. Da kann ich nur sagen: Wir werden diese Ostpolitik konsequent fortsetzen.

(Dr. Becher [Pullach] [CDU/CSU]: Auch wenn die Prämissen falsch waren!)

Es gibt keine grundsätzliche, prinzipielle Änderung der Entspannungspolitik; es kann sie gar nicht geben.

(Dr. Althammer [CDU/CSU]: „Das Ganze war nur ein Unfall!“)

„Man wird in Moskau nicht verkennen können, daß dieser Schritt, zu dem sich die Sowjetunion entschlossen hat, die Sowjetunion politisch isoliert hat. Ich kann nur hoffen, daß auch in Moskau so viel Einsicht in die Realitäten unserer Welt vorhanden ist,

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Bundesregierung braucht die Einsicht!)

daß man sich dort nicht etwa in die schlimmen Zeiten des Kalten Krieges zurückbegeben will. Die Bundesregierung hat den Verteidigungshaushalt nicht mit einer dramatischen Geste erhöht, sie wünscht keine Zuspitzung der Lage.“ Dies hat Herr **Dr. Kiesinger** als Bundeskanzler auf den **Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei** gesagt, zum Teil unter dem unmittelbaren Eindruck des Ereignisses, zum Teil in Ausführungen vor dem Deutschen Bundestag, aber auch in Ausführungen vor Gremien seiner Partei. Er ist nicht müde geworden, nach einer sorgfältigen Überprüfung der politischen Lage darauf hinzuweisen, daß wir eine Politik des langen Atems brauchen, daß wir uns nicht entmutigen lassen dürfen. Er hat jedenfalls abgewiegt und nicht aufgewiegt, obwohl die Tschechoslowakei unser unmittelbarer Nachbar ist, obwohl die Beunruhigung in unserer Bevölkerung nicht zuletzt in Berlin beträchtlich und verständlich war und obwohl es sich um andere, größere, gewichtigere Potentiale als anderswo handelt, wenn sich ein militärischer Mechanismus in Europa in Bewegung setzt.

Die Zwischenrufe, die Sie zum Teil gemacht haben, während ich Herrn Dr. Kiesinger zitierte, zeigen nur, wie weit sich die CDU verändert hat.

(Beifall bei der SPD)

Von den Sorgen, daß die Sowjetunion in den Kalten Krieg zurückfallen würde, hört man heute von den Sprechern der Opposition nichts. Statt dessen haben wir in den letzten Tagen die Forderung des Kollegen Wörner nach einer Erhöhung des Verteidigungshaushalts gehört. Ich möchte darauf hinweisen, wie bemerkenswert diese Veränderungen in der Haltung der Opposition sind, obwohl natürlich allen klar sein muß, daß man die CSSR und Afghanistan in sehr vielen Punkten nicht vergleichen kann.

Übrigens hat niemand von Ihnen den Bundeskanzler damals angegriffen, als er vier Tage nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei seine Entschlossenheit formulierte — ich zitiere —, freie, redliche, ehrliche und um Vertrauen werbende Politik, nicht nur durch Worte, sondern durch Taten um Vertrauen werbende Politik zu betreiben, um dieses Vertrauen der anderen — damit hat er sich an die Sowjetunion gewendet — zu gewinnen. Darin drückte sich weder Illusion noch Schwäche, noch Willfährigkeit aus, all das, was Sie heute der Bundesregierung vorwerfen, wenn sie ähnlich wie Herr Dr. Kiesinger damals gemessen, klar, besonnen reagiert. Wer heute so wie Herr Kiesinger damals spricht, wird Fanatiker einer forcierten Ostpolitik genannt, wie Herr Strauß das vorhin gesagt hat.

Was der Bundeskanzler und was der Bundesaußenminister in den letzten Tagen und Wochen und heute als Politik der Bundesregierung vor diesem Haus erklärt haben, ist nach sorgfältiger Prüfung die **entschlossene und feste Vertretung der Interessen dieses Landes**. Diese Haltung zeugt von langem Atem, von der Hoffnung, den Rückschlag zu überwinden, vom Festhalten an der als richtig erkannten Politik der Entspannung, von der Hoff-

nung und dem Willen, den Rückfall in den Kalten Krieg zu vermeiden. Wir sind insoweit in der Kontinuität.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Leber: Zu einer Zwischenfrage der Herr Abgeordnete Becher.

Dr. Becher (Pullach) (CDU/CSU): Herr Kollege Bahr, hätte die Bundesregierung nach dem brutalen Einfall der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag nicht den Schluß ziehen müssen, daß sie Entspannungspolitik mit einem Partner macht, der nicht die friedvollen Zwecke verfolgt, die Sie hineingelegt haben, und ist es nicht traurig, daß Sie damals trotzdem eine Vertragspolitik begonnen haben, die auf dem Gebiete der Rechtspositionen das Gleichgewicht, das wir zur Sicherheit aller Verhältnisse in Europa benötigt hätten, in wesentlichen Punkten zerstört und damit uns alle geschädigt hat?

Bahr (SPD): Herr Becher, es kann ja sein, daß Sie die Haltung des Bundeskanzlers schon damals für falsch gehalten haben. Ich kann mich nur nicht erinnern, daß Sie damals dagegen polemisiert haben, so wie Sie heute gegen die Bundesregierung polemisieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Klarheit und Eindeutigkeit dessen, was die Regierung und die Vertreter der Koalitionsparteien in den letzten Wochen gesagt haben, hoben sich von dem sehr vielstimmigen Chor der Opposition vorteilhaft ab,

(Gerstein [CDU/CSU]: Das glauben aber auch nur Sie!)

den wir auch heute wieder gehört haben. Es hat sich bei den Äußerungen aus oppositionellen Parteien in den vergangenen Wochen zum Teil nicht um Diskussionen in der Sache, sondern zu einem beträchtlichen Teil um eine Auseinandersetzung darüber gehandelt, welche innenpolitische Taktik man verfolgen und wie man das machen soll, ob man also näher an die Bundesregierung rücken oder ob man sich gegen außenpolitische Umarmung wenden soll. Das wurde an verschiedenen Tagen sogar von ein und demselben Sprecher unterschiedlich beantwortet.

Auch heute haben wir eine sehr unterschiedliche Haltung vorgestellt bekommen. Die Unsicherheit über eine harte oder über eine kooperative Linie gegenüber der Bundesregierung, also gegenüber der eigenen Regierung, bot ein Schauspiel, das ich in Amerika schon deshalb mit besonderem Interesse verfolgt habe, weil es ein Kontrastbild zu dem bot, was man in den Vereinigten Staaten erleben konnte: Dabei war es für mich nicht neu, daß sich die Opposition hier in solchen Lagen unterschiedlich äußert; das sind wir gewohnt.

(Hasinger [CDU/CSU]: Sie sollten sich um Ihre eigene Partei kümmern! Sie sind doch Bundesgeschäftsführer der SPD!)

— Das lassen Sie ruhig meine Sorge sein. Ich verfolge mit Interesse, wie schwierig es ist, eine Koordination zwischen Herrn Strauß und Herrn Kohl herbeizuführen, selbst wenn sie eine solche Rede halten wie heute an einem solchen Tage. — In den Vereinigten Staaten, meine Damen und Herren, sind wir in einer Situation, in der der Wahlkampf viel näher ist als hier. Dort ist man bereits weiter und eigentlich mitten drin. Das hindert die Beteiligten überhaupt nicht daran — auch wenn sie die eine oder andere Maßnahme ihrer eigenen Regierung vielleicht kritisch sehen —, die eigene Regierung zu unterstützen. Je ernster die Lage wird, je ernster — übrigens Sie ja wohl auch — man sie einschätzt, um so mehr wird man Unter-

stützung für die Regierung erwarten können, in Amerika jedenfalls bestimmt. Ich bin überzeugt, daß die Menschen in unserem Lande das im Grunde auch bei uns zu Hause erwarten und erwarten können.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist bei diesem Besuch — übrigens ungefragt und ungebeten — sowohl vom Außenminister als auch vom Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten versichert worden, daß man sich durchaus bewußt ist, wie wichtig es ist, den Faden zur Sowjetunion in der Frage der **Rüstungskontrolle** und der **Rüstungsbegrenzung** nicht abreißen zu lassen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Wer will das denn hier?)

Das liegt im Interesse des Friedens, also im gemeinsamen Interesse von West und Ost.

(D. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das ist doch selbstverständlich!)

Hier zeigt sich bei aller Veränderung der Landschaft, wie elementar der Wunsch ist, die gewaltigen Zerstörungsapparate der Supermächte kontrollierbar zu halten. Die Tatsache, daß es diese gewaltige Zerstörungskraft auf beiden Seiten gegeben hat, ist ja — das muß man wohl in Ergänzung dessen, was Herr Dr. Strauß gesagt hat, als Analyse hinzufügen — eine der wesentlichen Ursachen dafür gewesen, daß beide Supermächte zu dem Ergebnis gekommen sind: Wir müssen **Entspannungspolitik** machen. Wir haben es zu tun mit dem Zwang zur Koexistenz, dem Zwang zur Abstimmung, dem Zwang zur Zusammenarbeit. Deshalb ist SALT II eben aufgeschoben und nicht aufgehoben.

Ich habe heute darauf gewartet, daß einer der Sprecher der Opposition mit einem Wort darauf hinweisen würde, für wie wesentlich auch die Opposition es hält, daß dieser Faden **Rüstungskontrolle** nicht unterbrochen wird, daß sie es wünscht, daß die Amerikaner das auch beibehalten.

(Beifall bei der SPD — Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das habe ich doch gesagt!)

Die Befriedigung darüber hat kein einziger geäußert.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Sie haben nicht zugehört!)

Sie dürfen sich bitte nicht wundern, wenn einer dieser Gesprächspartner, die ich in den Vereinigten Staaten gehabt habe und den ich aus ähnlichen Erwägungen nicht nenne, die auch für Herrn Strauß ausschlaggebend waren, seinen Gesprächspartner nicht zu nennen, Sorge darüber geäußert hat, daß es Stimmen der Scharfmacherei aus der Bundesrepublik Deutschland gäbe,

(Dr. Althammer [CDU/CSU]: Das sind wohl die Sorgen der Amerikaner! Das ist ja unglaublich!)

die man zur Zeit nicht brauchen könne.

(Hört! Hört! bei der SPD)

Jedenfalls hat der amerikanische Präsident angekündigt, daß sich die Vereinigten Staaten an das Abkommen **SALT II** halten würden, als ob es ratifiziert wäre. Und der erste Mann der Sowjetunion hat in dem schon mehrfach erwähnten „Prawda“-Interview so geantwortet, daß man heute — wie es die Bundesregierung tut — davon ausgehen kann, daß sich beide Seiten praktisch so verhalten, als ob das Abkommen gültig wäre.

Kollege Amrehn, Sie haben soeben davon gesprochen, daß das Vertrauen durch die Vorgänge in Afghanistan erschüttert sei, daß viel von dem, was man gemacht hätte, Makulatur sei. Wie weit sind Sie eigentlich von der Realität

entfernt? Die Wirklichkeit ist so, daß ein noch nicht unterschriebenes Abkommen nach Afghanistan für de facto als in Kraft gesetzt gilt auf der Basis der Hoffnung und des Vertrauens, daß das Interesse der anderen Seite zu einem ähnlichen Verhalten führt. Das ist die Realität.

(Zurufe von der CDU/CSU: Ihre Realität! Illusion ist das!)

— Na gut. Sie können natürlich auch den amerikanischen Präsidenten für einen Illusionisten halten. Das ist dann Ihre Sache.

Es erscheint mir charakteristisch, daß diese Situation so ist, daß man in öffentlichen Erklärungen zueinander, aber im Augenblick nicht mehr miteinander spricht. Das ist in der Tat beunruhigend. Man weiß, was wichtig ist und worum es geht. Das ist insoweit beruhigend. Gefährlichkeit der Lage und der weiteren Entwicklung sowie das Bewußtsein darüber sind gleichzeitig vorhanden. Die Perspektive zur Konfrontation öffnet sich, und diese Konfrontation soll vermieden werden. Beides gibt es zur gleichen Zeit. Das erscheint mir als eines der Kennzeichen der heutigen Situation.

Angesichts dieser Situation wäre es wirklich zu klein, jetzt über Begriffe wie Teilbarkeit oder Unteilbarkeit von **Entspannung** so ähnlich zu streiten, wie das die mittelalterlichen Scholastiker über die Frage getan haben, wie viele Engel auf der Spitze der Nadel Platz hätten.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Unglaublich!)

In der Sache ist völlig klar: Wir haben eine **Zone der Stabilität in Europa** erreicht. Wir wünschen, daß diese Stabilität ausstrahlen kann, erweitert werden kann auf andere Zonen, in denen es Unstabilitäten gibt.

(Hasinger [CDU/CSU]: Zählen Sie Jugoslawien auch zu Europa?)

— Natürlich zähle ich **Jugoslawien** zu Europa. Und ich bin noch heute der Auffassung, daß die amerikanische Auffassung 1968 berechtigt war, die uns davor gewarnt hat, den Zuständigkeitsbereich der NATO auch nur auf Jugoslawien zu erweitern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Damals gab es, wie sie sich erinnern können, eine gefährliche Situation im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei. Diese gefährliche Situation konnte sich sowohl auf Rumänien als auch auf Jugoslawien beziehen, die amerikanische Haltung war damals genauso eindeutig, wie ich das soeben gesagt habe. Es gibt heute sehr guten Grund, diese Haltung nicht zu verändern.

Meine Damen und Herren, ich glaube, uns allen wäre wohler, wenn es überall in der Welt so viele Vereinbarungen der Entspannung gäbe wie in Europa. Nun haben der Kollege Strauß, der Kollege Amrehn und auch andere von der **Gefährlichkeit der sowjetischen Politik** gesprochen. Übrigens: Da sind wir uns ja einig. Es wurde davon gesprochen, daß die Aufgabe bestünde, zu untersuchen oder zu finden, was man denn praktisch tun könne, um diese Gefährlichkeit abzubauen, damit eben nicht alle zehn Jahre — oder welchen Zeitraum man auch nimmt — derartige Vorgänge wie die zu beklagen sind, über die wir heute hier diskutieren.

Vizepräsident Leber: Herr Abgeordneter Bahr, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brandt?

Bahr (SPD): Bitte.

Brandt (SPD): Herr Kollege Bahr, habe ich Sie im Zusammenhang mit der Rückerinnerung an das Jahr 1968

richtig verstanden, daß Sie uns — so habe ich selbst es auch in Erinnerung — noch einmal klarmachen wollten, daß unsere amerikanischen Freunde damals gesagt haben „keine Zuständigkeit und keine Inanspruchnahme der NATO für Jugoslawien“, was aber nichts an dem eigenen amerikanischen Interesse und an dem Interesse der Europäer, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zur NATO, ändert?

(Hasinger [CDU/CSU]: Eine wichtige Korrektur!)

Bahr (SPD): Ich kann dies voll bestätigen,

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das war eine Korrektur!)

mit der Hinzufügung, daß die Interessen der Gebiete, um die es ging, besser gewahrt sein könnten, wenn dies in der direkten Sorge der Vereinigten Staaten und ihres Verhältnisses zur Sowjetunion bleibe.

(Dr. Hüsich [CDU/CSU]: Eben haben Sie das vergessen!)

— Nein, ich habe nur abgehoben auf den Punkt der Erweiterung der NATO.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Diesmal hat Bahr die Wahrheit gesagt!)

— Nicht nur diesmal, Herr Kollege Mertes. Wenn Sie so freundlich sind, das nachzulesen, werden Sie sehen, daß ich oft falsch zitiert werde, gerade in bezug auf diese Diskussion damals.

Unsere Antwort auf die Frage „Wie kann man denn eigentlich dafür sorgen, daß die Sowjetunion in der Gefährlichkeit dieser Politik begrenzt wird?“ ist doch bekannt. Wir sagen auf der einen Seite: Das **Bündnis** ist die **Voraussetzung der Sicherheit**, ohne das Bündnis kann man keine Politik machen, und wir sagen auf der anderen Seite gleichzeitig: **Entspannung** und **Ausdehnung auf immer weitere Zonen**.

Ich wäre daran interessiert, einmal ein anderes Rezept zu hören. Aber etwas anderes haben wir nicht gehört. Sie fragen immer danach, was die Bundesregierung und die Koalition denn wollen. Dies ist exakt das Programm der Bundesregierung und der Koalition. Ich wäre daran interessiert, eine Alternative dazu zu hören.

Nun haben wir heute vormittag gehört, es sei ein komischer Ausdruck, wenn man von der Unzerbrechlichkeit der Entspannung“ rede, angesichts dessen, was man heute sehe. Aber wenn wir früher den Wunsch formuliert haben, daß die Entspannung oder der Frieden „unzerbrechlich“ werden sollten, so lag darin eben auch die Sorge, daß dies noch nicht erreicht ist.

Sicherheit für die 80er Jahre ist eine große Forderung und eine kühne Forderung angesichts der Ereignisse der letzten Wochen geworden.

Von vielen Sprechern der Opposition ist ein bißchen polemisiert worden, angesichts der etwas apokalyptischen Situation der heutigen Zeit, von der auch wir sagten, sie sei gefährlicher, sei es doch komisch, daß wir meinten, der Frieden sei sicherer gemacht worden. Meine Antwort ist: wir haben den **Frieden in und für Europa sicherer gemacht**, weil wir dafür gesorgt haben, daß aus den Konflikten der Vergangenheit keine Konflikte in der Zukunft mehr werden können

(Zuruf von der CDU/CSU: Oh je!)

und keine neuen tödlichen Konflikte entstehen können.

(Dr. Althammer [CDU/CSU]: Daß nicht sein kann, was nicht sein darf!?)

Heute gibt es eine neue Aufgabe, weil es neue Gefahren gibt, die sich aus neuen Entwicklungen außerhalb Europas

ergeben, die natürlich auf uns einwirken. Wir können uns in der Bindung des Bündnisses gegenüber diesen Gefahren und neuen Krisen um so unbefangener verhalten, als die deutsche Vergangenheit mit der Entwicklung der neuen Gefahren überhaupt nichts zu tun hat.

Vizepräsident Leber: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mertes?

Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU): Herr Kollege Bahr, sehen Sie nicht die Gefahr, daß die Sowjetunion versucht, mit Hilfe der Berlin-Frage, mit Hilfe der innerdeutschen Beziehungen zu erreichen, daß wir zwecks Erhaltung dieser Früchte der Entspannung innerhalb der westlichen Welt uns so enthalten, daß es der sowjetischen Sicherheitspolitik nützt? Kann Entspannung nicht zur Gefährdung unserer sicherheitspolitischen Solidarität mit Amerika führen?

Bahr (SPD): Herr Kollege, ich sehe diese Gefahr schon deshalb nicht, weil bisher ein solcher Versuch nicht gemacht worden ist. Wenn er gemacht werden würde, sind wir uns sicher einig, daß wir ihn abweisen.

Die neue Situation unterstreicht die Auffassung, daß Entspannung eben ein Prozeß ist, nicht frei von Rückschlägen, der aber ständig neue und weitere Schritte verlangt, um zu dem Ergebnis zu führen, daß der Frieden eben unzerbrechbar wird und nicht nur sicherer. Gegner und Befürworter der Entspannung können sagen — je nach dem Standort —, daß sie entweder zur Entspannung verdammt sind oder die Chance dazu haben, das friedliche Nebeneinander zu regeln.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Es gibt keine Gegner der Entspannung, Herr Kollege Bahr!)

— Herr Kollege Mertes, vergegenwärtigen Sie sich, wie Herr Strauß formuliert hat: daß die Entspannung für ihn etwas sei, was zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts führen müsse. Das ist praktisch die Definition, die wir in den 50er Jahren in der Erwartung gehabt haben, daß man durch Überlegenheit in eine Situation kommen könne, in der man die eigenen Bedingungen diktiert könnte. Dies wird heute Entspannung genannt, ist aber im Grunde ein falsche Vokabel oder eine falsche Benutzung der Vokabel.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Jetzt ver-fälschen Sie!)

Es gibt keine Alternative zur friedlichen Koexistenz, es sei denn der Abgrund. Zu dieser friedlichen Koexistenz gehören dann jeweils Verhandlungen, und zwar Verhandlungen mit klaren Zielen und mit begrenzten Zielen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Herr Bahr, wie verstehen Sie denn friedliche Koexistenz? Wie ist Ihre Definition?)

— Ich komme jetzt darauf, einen Augenblick. — Das wäre nicht zu erreichen, und keine Verhandlung würde zu einem Erfolg führen, in dieser Zeit der friedlichen Koexistenz, die durch das Nebeneinander von Rivalität und Zusammenarbeit charakterisiert ist, Herr Dr. Marx.

(Dr. Becher [Pullach] [CDU/CSU]: Das ist die Karlsbader Formel der Sowjets!)

— Entschuldigung, die Parallelität von Rivalität und Kooperation ist zum erstenmal von Johnson gebraucht worden. Da gab es die Konferenz von Karlsbad noch gar nicht.

Verabredungen, die unter diesen Voraussetzungen geschlossen werden, werden nur geschlossen und kommen nur zustande, wenn beide Seiten einen Vorteil davon haben. Der Nutzen für beide Seiten ist Teil der Entspannung.

Man findet das bei den Testabkommen, man findet es bei SALT I. Man findet es bei unseren Verträgen. Man findet es bei dem Viermächteabkommen für Berlin und man findet es bei Helsinki.

Wenn Herr Dr. Strauß heute morgen gesagt hat, daß die von der Bundesregierung abgeschlossenen **Ostverträge** überhaupt in die falsche Richtung gingen und die falsche Richtung zeigten, dann hat er eigentlich die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für Änderungen einzutreten und außerdem natürlich zu sagen, was er ändern will.

Ohne den Nutzen für beide Seiten gibt es nur den Wunsch nach Superiorität, nach Sicherheit durch Überlegenheit. Dies ist die gefährlichste Haltung, die Verantwortliche heute haben können.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Die Haltung der Sowjetunion!)

Meine Damen und Herren, wenn wir Spannung und Instabilität anderer Regionen auf Europa übertragen würden, also von dort importieren wollten, indem wir unsere politischen Ergebnisse abbauten, wäre die Frage zu stellen, was dann eigentlich geschehen soll. Ich habe hier keinen gehört, der die Zahl der Besucher kürzen oder andere Regelungen, die wir zwischen Ost und West in Europa getroffen haben, in Frage stellen will, um deutlich zu machen, welche Haltung wir zu dem haben, was in Afghanistan vor sich gegangen ist.

Wenn es passiert, wie es der amerikanische Außenminister für möglich hält und wie es heute morgen auch Herr Dr. Strauß für möglich gehalten hat, daß es zu einer **Seeblockade** in Gewässern des Golfs kommt, dann wäre es sicher ein falscher Rat, dem eine Seeblockade in anderen Gewässern, vielleicht gar in unseren Gewässern, hinzuzufügen zu sollen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Wer will denn das? — Dr. Marx [CDU/CSU]: Wie will man denn bei uns eine Seeblockade machen?)

Wie Herr Kollege Strauß heute morgen gesagt hat, kann eine Seeblockade zu gefährlichen Spannungen und wirtschaftlich gefährlichen Folgen führen.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das ist eine bewußte Irreführung!)

Ich bin der Auffassung, daß es nicht nur um wirtschaftliche und politische Folgen geht. Die Frage, ob sich deutsche Schiffe daran beteiligen sollten, kann nur mit einem klaren und kühlen Nein beantwortet werden. Die Haltung der Bundesregierung, die Ergebnisse unserer Politik zu bewahren, kann nur vorbehaltlos unterstützt werden.

Die **Ausdehnung des NATO-Vertrags** kommt für uns nicht in Betracht. Ich sage das auch deshalb, weil ich vielleicht im Unterschied zu machen anderen — ich bin gern bereit, mich zu korrigieren — den Eindruck gehabt habe, als ob das, was Herr Wörner — übrigens nicht zum erstenmal und nicht erst sein Afghanistan, sondern schon vorher — über die Frage der Ausdehnung des NATO-Bereichs gesagt hat, von Herrn Dr. Strauß heute unterstrichen und nicht etwa revidiert worden ist. Wenn ich ihn recht verstanden habe, dann hat er an zwei verschiedenen Stellen seiner Rede auf der einen Seite darauf hingewiesen, daß sich die Situation seit Abschluß des NATO-Vertrags, bei dem eine gewisse Grenze — Wendekreis — festgelegt worden ist, geändert habe, und an einer späteren Stelle hat er auf die Unmöglichkeit hingewiesen, die 50-%-Formel des Herrn Bundeskanzlers anzunehmen, gerade in bezug auf

diese vorher von ihm gemachten Ausführungen zu möglichen Aufgaben einer Ausdehnung der NATO.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Das ist falsch! Das hat er nicht gesagt!)

— Wenn dies klar sein sollte — ich werde das genau nachprüfen —, dann wird es gut sein. Ich sage nur: Ich habe dies mit Sorgen gehört. Ich hoffe, ich habe mich verhört.

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Sie haben eine große Begabung zu Verfälschungen!)

— Nein, wissen Sie, da gehe ich nicht einmal bei denen in die Schule, die das schon früher hervorragend gelernt haben.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: „Nicht einmal!“ — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Natürlich denke ich gar nicht daran, in diese Schule zu gehen. Für solche Sachen überhaupt nicht. Um Gottes willen.

Die Ausweitung des Raumes, durch den die NATO ein bestimmtes Gebiet abdeckt, kann nicht nur deshalb abgelehnt werden, weil wir natürlich im westlichen Bündnis nicht etwa mit dem deutschen Säbel rasseln wollen,

(Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU]: Wer will denn das?)

sondern auch, weil ein zusätzliches Engagement der NATO ein zusätzliches Engagement des Warschauer Pakts zur Folge hätte, also eine Steigerung von Spannung wäre.

Wir können nicht daran interessiert sein, dazu beizutragen, daß beide deutsche Staaten in gegensätzliche militärische Verpflichtungen in anderen Regionen unserer Welt hineingedrängt werden.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Nach Afrika wollen wir ja mit der Bundeswehr nicht!)

— Wenn Sie dem zustimmen, dann ist es ja schon sehr gut. — Es wäre eine Entwicklung, die negative Auswirkungen auf unsere Lage hier in der Mitte Europas postwendend herbeiführen würde.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Der baut hier dauernd Pappkameraden auf!)

Solchen Tendenzen muß man mit aller Kühle und Härte widerstehen, solange man kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Marx [CDU/CSU])

Wir verlieren keinen Augenblick die **Sorgen der Menschen in der DDR** aus den Augen. Es ist erstaunlich, daß heute von Ihren Sprechern darüber sehr wenig zu hören war: daß nämlich verlorengehen könnte, was erreicht worden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Mertes [Gerolstein] [CDU/CSU])

Es gibt eine große Einheit zwischen den Bundesbürgern, den Bewohnern Berlins und denen, die in der DDR wohnen. Von der Entspannung profitieren alle, unter der Spannung leiden alle. Die Einheit des Friedens und die Einheit der Sicherheit ist für uns alle unteilbar. Das gilt für Europa insgesamt, für West und Ost.

Das Bündnis ist dazu Voraussetzung. Wir haben Vertrauen zu der bedächtigen Klarheit und der gelassenen Festigkeit, mit denen die Bundesregierung die Interessen unseres Landes in diesen schwierigen, kritischen Zeiten vertritt, die noch nicht zu Ende sind. Die Bundesregierung verdient dieses Vertrauen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)